



www.laender-analysen.de/ukraine

DEKOMMUNISIERUNG AUSSENPOLITISCHE SICHERHEITSRISIKEN OLIGARCHEN IM FORBES-RATING 2018

■ ANALYSE		
Die Politik der Umbenennung: Nationsbildung und Straßennamen in der Ukraine Von Lina Klymenko, Tampere		2
■ UMFRAGE		
Meinungsumfragen zur Dekommunisierung		5
■ KARTE		
»Leninopad«: Sturz der Lenin-Statuen im Februar 2014		12
■ ANALYSE		
Die Ukraine im Sicherheitsradar 2019 Von Simon Weiß, Wien		13
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Studie der Friedrich Ebert Stiftung zur Wahrnehmung außenpolitischer Bedrohungen		16
■ RATING		
Oligarchen im Forbes-Rating 2018		19
■ CHRONIK		
26. Februar – 11. März 2019		20

Die Politik der Umbenennung: Nationsbildung und Straßennamen in der Ukraine

Von Lina Klymenko, Tampere

Zusammenfassung

Seit der Einführung der Dekommunisierungsgesetze im Jahr 2015 berichten die ukrainischen Medien regelmäßig über politische Auseinandersetzungen um die Umbenennung von Straßen, die an die Zeit des Kommunismus bzw. an einzelne kommunistische Führungspersonen erinnern. Am Beispiel der zentralukrainischen Stadt Poltawa wird im Folgenden untersucht, welche neuen nationalen Werte die ukrainische Dekommunisierungspolitik befördert.

Einleitung

Im April 2015 verabschiedete das ukrainische Parlament mit dem Dekommunisierungspaket vier Gesetze. Zwei dieser Gesetze enthalten Regelungen zum Gedenken an den Zweiten Weltkrieg sowie eine Liste von Organisationen, die als Kämpfer für die ukrainische Unabhängigkeit bezeichnet werden, darunter die berüchtigte Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und die Ukrainische Aufständische Armee (UPA), die beide im Zweiten Weltkrieg aktiv waren. Die anderen zwei Gesetze regeln den Zugang zu den Archiven repressiver sowjetischer Institutionen und stellen eine öffentliche Leugnung des kriminellen Charakters des Nazi- wie des kommunistischen Regimes von 1917 bis 1991 sowie die öffentliche Verwendung von deren Symbolen unter Strafe. Zudem enthalten die Gesetze Regelungen über die Entfernung kommunistischer Symbole. Hier ist unter anderem vorgesehen, Straßen, Plätze und andere Orte umzubenennen und Denkmäler kommunistischer Führungspersonen, die für politische Repressionen und die Hungersnot 1932/33 in der Sowjetukraine verantwortlich waren, abzureißen.

Die ukrainische Dekommunisierungsreform der vergangenen Jahre steht im Zusammenhang mit den politischen und sozialen Transformationsprozessen, die das Land nach der Euromajdan-Revolution 2013/14, der russischen Annexion der Krim 2014 und der andauernden Unterstützung des separatistischen Aufstands im ukrainischen Donbas durch Russland erlebt hat. Im Zuge der Revolution wurde eine Neubewertung des kommunistischen Regimes in der Ukraine verstärkt Thema, für die politischen Eliten wie auch die Bevölkerung. Mit ihrer Dekommunisierungspolitik intensiviert die politische Führung des Landes das ukrainische Nationsbildungsprojekt. Sie setzt sich dafür ein, die Sowjetperiode als Phase in der ukrainischen Geschichte zu verstehen, in der um die Unabhängigkeit von Russland gekämpft wurde, und sie versucht damit, den Einfluss des russischen Integrationsprojekts »Russki Mir« zu begrenzen und die Annäherung der Ukraine an die EU zu fördern.

Bis Ende 2016 wurden laut dem staatlichen Ukrainischen Institut für Nationales Gedenken 32 Städte, 955 Orte, 25 Rajone (Landkreise) und 51.493 Straßen, Parks und andere Orte in der Ukraine umbenannt. Darüber hinaus wurden 2.389 Denkmäler und Gedenktafeln demontiert, darunter 1.320 Lenin-Statuen. Eine Umfrage des Umfrageinstituts »Rating Group Ukraine« ergab allerdings, dass 57 Prozent der Ukrainer die Umbenennung von Straßen und Orten nicht gutheißen, während 35 Prozent das Vorgehen unterstützen. Sobald den Menschen erklärt wurde, dass die Umbenennung selektiv erfolgen kann, sank der Anteil derjenigen, die diesen Prozess ablehnten, auf 44 Prozent, während 7 Prozent der Befragten noch immer unentschieden waren.

Der politische Kampf um die Umbenennung von Straßen: das Beispiel Poltawa

Das Ukrainische Institut für Nationales Gedenken berichtete wiederholt, dass Poltawa eine der wenigen Städte in der Ukraine war, die die Dekommunisierungreform gänzlich ignorierten. Zwischen der Zentralregierung in Kiew und dem lokalen Stadtrat entwickelte sich ein Konflikt um die Dekommunisierungspolitik. Nach der Euromajdan-Revolution wurde der ehemalige Bürgermeister von Poltawa Oleksandr Mamai, Vorsitzender der Partei »Gewissen der Ukraine« (einer sogenannten Partei der Macht) wiedergewählt. Er gewann die Wahl mit 62,9 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von nur 36 Prozent.

Da der Bürgermeister die Dekommunisierung so zögerlich vorantrieb, begann die Verwaltung der Oblast Poltawa im Februar 2016 mit der Entfernung der kommunistischen Symbole in der Stadt. Etliche öffentliche Initiativen zur Umbenennung von Straßen entstanden in der Folge; zudem gründete auch der vom ukrainischen Präsidenten ernannte Leiter der Oblast-Verwaltung Walerij Holowko eine Arbeitsgruppe zur Straßenumbenennung. Julian Matwijtschuk, Mitglied der

rechtsradikalen »Freiheitspartei« und Abgeordneter des Stadtrats, gründete ebenfalls eine eigene Arbeitsgruppe, und der Bürgermeister gab seinem politischen Verbündeten Andrij Matkowskyj, ehemaliger Bürgermeister und Mitglied des »Blocks Petro Poroschenko«, den Auftrag, eine weitere Arbeitsgruppe zu gründen. Zu den Experten in den Arbeitsgruppen zählten Geschichtswissenschaftler und Architekten, Abgeordnete des Stadtrats und des Oblast-Rats, Personen des öffentlichen Lebens und Angestellte des Staatsarchivs der Oblast Poltawa. Die Arbeitsgruppen betonten zudem, dass sie es (über soziale Medien) auch den Einwohnern von Poltawa ermöglichen würden, ihre Meinung zu den Straßenumbenennungen zu äußern.

Bürgermeister Mamai lehnte die Umbenennung von Straßen vollständig ab. In einem Interview im August 2015 begründete er dies an erster Stelle mit den Kosten, die seiner Meinung nach die Einwohner tragen müssten, da sie verpflichtet wären, ihre Ausweise zu ändern. Weiterhin argumentierte er, dass die neuen Straßennamen die Namen derjenigen tragen sollten, die bei Militärfeldzügen im Osten der Ukraine ihr Leben ließen. Der Standpunkt des Leiters seiner Arbeitsgruppe, Matkowskyj, wurzelte in dessen Unterstützung der Sowjetsymbole. Er sprach sich dafür aus, Straßennamen beizubehalten, die dem Internationalen Tag der Arbeit (1. Mai) und dem Internationalen Frauentag (8. März) gewidmet sind, da diese auch in der postsowjetischen Ukraine landesweite Feiertage sind. Überdies rief er zur Erinnerung an die Militärangehörigen und Zivilisten auf, die in der Sowjetunion als Helden des »Großen Vaterländischen Krieges« geehrt wurden.

Im Gegensatz dazu wollte der Abgeordnete der »Freiheitspartei« Matwijtschuk anhand der Abschaffung sowjetischer Straßennamen die Auffassung verbreiten, dass die Ukraine ihre eigene Geschichte habe, die sich von derjenigen Russlands unterscheidet. Er argumentierte in diesem Zusammenhang, einige Straßen sollten ihre alten Namen zurückerhalten, sodass statt der russischen Imperialgeschichte die ukrainische Geschichte reflektiert werde. Entsprechend vertrat Matwijtschuk die Auffassung, die umzubenennenden Straßen sollten berühmten Persönlichkeiten gewidmet werden, etwa aus Poltawa stammenden Soldaten, die bei der Militäroperation der ukrainischen Regierung im Donbas gefallen sind, oder Personen, die die Entwicklung der Künste, der Wissenschaft und des Sports in der heutigen Ukraine befördert haben.

Der Leiter der Oblast-Verwaltung Holowko setzte sich für die Aufklärung der Öffentlichkeit über die politischen Repressionen der kommunistischen Ära und die als Holodomor bekannte menschengemachte Hungersnot von 1932/33 ein. Holowko bezeichnete die gegen-

wärtige russische Aggression als Fortsetzung der russischen Dominanz über die Ukraine zu Sowjetzeiten. In diesem Sinne unterstützte er die Sichtweise, dass die Straßenumbenennung den Prozess der ukrainischen Nationsbildung stärkt. Seiner Meinung nach sollten die Straßen der Stadt ihre historischen Namen aus der Zeit vor dem Kommunismus zurückerhalten, um den historischen wie auch den aktuellen Kampf der Ukraine um ihre Unabhängigkeit von Russland zu reflektieren.

Die Dekommunisierung der Straßennamen in der Praxis

2016 erstellte die Oblast-Verwaltung von Poltawa schließlich ein Verzeichnis der neuen Straßennamen (http://www.adm-pl.gov.ua/sites/default/files/upload/files/brochura_2016.pdf) und informierte die Öffentlichkeit darüber, dass in Poltawa 110 Straßen, Plätze und Parks sowie zwei Stadtteile umbenannt wurden. Das Verzeichnis der neuen Straßennamen zeigt exemplarisch die Bemühungen der ukrainischen Regierung, das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Bürgern zu stärken. Einige Straßen wurden nach berühmten Persönlichkeiten der ukrainischen Diaspora benannt, andere erhielten religiöse Namen, die sich auf die räumliche Nähe zu orthodoxen Kirchen bezogen. Wieder andere Straßennamen wurden durch Weglassung einer kommunistischen Konnotation nur abgeändert und manche erhielten letztlich neue Namen, die mit keiner bestimmten politischen Ideologie verknüpft sind.

Zahlreiche Straßennamen beziehen sich jedoch auf die Geschichte der ukrainischen Nations- und Staatsbildung, angefangen bei der Kiewer Rus (die als Prototyp des gegenwärtigen ukrainischen Staats angesehen wird und ins 9. bis 13. Jahrhundert zurückreicht) über die Ära der Kosaken (die mit dem Kampf der ukrainischen Kosaken gegen das Großfürstentum Moskau im 17. und 18. Jahrhundert verbunden wird) bis zur kurzlebigen Ukrainischen Volksrepublik (1917 bis 1921).

Einige Hauptstraßen erinnern an historische Personen – von denen die politische Führung der Ukraine die meisten schon lange als Nationalhelden im Kampf um die Unabhängigkeit der Ukraine von Russland sieht, während sie in der ukrainischen Bevölkerung umstritten sind. So wurde beispielsweise die Kalinin-Straße in Iwan-Masepa-Straße umbenannt. Masepa wird im Verzeichnis der neuen Namen als ukrainischer Kosaken-Hetman, Feldherr und Patron der Wissenschaft und der Kirche aufgeführt. Im Mai 2016 wurde mit Unterstützung des ukrainischen Präsidenten in der Altstadt von Poltawa ein Masepa-Denkmal enthüllt. Die Artem-Straße wurde in Symon-Petljura-Straße umbenannt. Petljura wird als berühmter ukrainischer Staatsmann, Publizist und Mitglied des Zentralrats von 1917

sowie als Generalsekretär des Militärwesens, oberster Ataman und Vorsitzender des Direktorats der Ukrainischen Volksrepublik beschrieben. Zu Sowjetzeiten galten sowohl Masepa als auch Petljura als Verräter; in der postsowjetischen Ukraine hingegen wurden sie zu Kämpfern für die ukrainische Souveränität erhöht.

Der Name einer weiteren zentralen Straße wurde zum Symbol der ukrainischen Einheit: Die Schownewa-Straße (Oktoberstraße) wurde in Sobornosti-Straße (Einheitsstraße) umbenannt. Im ukrainischen Kontext bezeichnet der Ausdruck *sobornist*, wie das Verzeichnis der neuen Straßennamen erklärt, die Vereinigung der Ukrainer in einem Nationalstaat. Laut Verzeichnis kann die Bedeutung von *sobornist* bis in die Zeit der Kiewer Rus und in die Ära der Kosaken zurückverfolgt werden; am offensichtlichsten ist jedoch der Bezug auf das frühe 20. Jahrhundert, als die Zentralna Rada im Januar 1919 einen vereinten ukrainischen Staat ausrief.

Darüber hinaus sollten die Namen der zentralen Straßen der Stadt das Ziel der Ukraine proklamieren, ein europäischer Staat zu werden. So wurde zum Beispiel die Lenin-Straße in Nebesoji-Sotni-Straße (Straße der Himmlischen Hundert) umbenannt. Laut Verzeichnis wird damit der bei der Euromajdan-Revolution von 2013/14 zugunsten einer freien und europäischen Ukraine ums Leben Gekommenen gedacht. Des Weiteren erhielt die Frunse-Straße den Namen Jevropejska-Straße (Europäische Straße).

Bei der Wahl einiger anderer neuer Straßennamen wurde das Ziel der Oblast-Verwaltung, europäische Werte zu verbreiten, allerdings auf fragwürdige Weise umgesetzt. Besonders umstritten war die Benennung einiger – wenn auch kleinerer oder außerhalb des Zentrums gelegener – Straßen nach OUN- und UPA-Mitgliedern. Etliche Wissenschaftler riefen in Erinnerung, dass diese antisowjetische Widerstandsbewegung im Zweiten Weltkrieg massenhaft Gräueltaten beging und am Holocaust sowie ethnischen Säuberungen in Polen beteiligt war. Die Beschreibungen durch die Oblast-Verwaltung in dem Verzeichnis hinterlassen jedoch nicht den Eindruck, dass die Geschichte der OUN und der UPA kritisch bewertet wurde.

Den Vorschlag des Freiheitspartei-Abgeordneten Matwijtschuk, eine Straße UPA-Straße und eine andere Stepan-Bandera-Straße zu nennen, lehnte die Oblast-Administration zwar ab, an andere Mitglieder der bewaffneten antisowjetischen Widerstandsbewegung wird mit den neuen Straßennamen jedoch erinnert. So wurde beispielsweise die Pionerskyj-Straße (Straße

der Pioniere) in Roman-Schuchewytsch-Straße umbenannt. Im Verzeichnis der neuen Straßennamen wird Schuchewytsch als hochrangige politische und militärische Führungsfigur und als Mitglied des galizischen Arms der OUN bezeichnet sowie als führendes Mitglied der UPA, als Generalsekretär des Obersten Ukrainischen Befreiungsrats von 1943 bis 1950 und als Kommandeur des ukrainischen Nachtigall-Bataillons in der Wehrmacht von 1941 bis 1942 aufgeführt, dem posthum der Titel »Held der Ukraine« verliehen wurde. Die Marschall-Konew-Straße wurde in Jewhen-Konowalez-Straße umbenannt, wobei Konowalez als berühmter Staatsmann, politische und militärische Führungsfigur und OUN-Mitbegründer beschrieben wird. Die Bauermann-Straße wurde in Kyrjlo-Osmak-Straße umbenannt, der im Verzeichnis als Mitglied des 1917 gegründeten Zentralrats, Mitglied des OUN und Vorsitzender des Obersten Ukrainischen Befreiungsrats geführt wird. Ein letztes Beispiel: Die ehemalige Dunditsch-Gasse erhielt den Namen von Mykola Lemik, der als Politiker, OUN-Mitglied und Leiter des ostukrainischen Arms der OUN bezeichnet wird.

Fazit

In der Ukraine wird mit den Mitteln der Dekommunisierungspolitik die kommunistische Vergangenheit auf lokaler Ebene Neubewertet. Der Prozess der Dekommunisierung in der Ukraine ist nicht nur ein Mittel zur Aufarbeitung der politischen Repressionen der kommunistischen Ära, sondern veranschaulicht auch den staatlich organisierten Aufbau einer ukrainischen Nationalidentität. Zudem zeigen die Straßenumbenennungen in Poltawa die Machtverhältnisse – bezogen auf die Definition der ukrainischen Nationalgemeinschaft – zwischen zentraler und lokaler politischer Ebene. Die orthodoxe Religion, das Bestreben, die regionalen Grenzen innerhalb der Ukraine zu überwinden, die Annäherung an die EU und die Auffassung, dass die Ukrainer eine eigenständige, nicht mit Russland verbrüdete ethnonationale Gemeinschaft sind, sind die wichtigsten Kennzeichen der ukrainischen Nationalidentität. Einige Straßennamen, die zur Manifestation dieser Werte gewählt wurden, sind allerdings fragwürdig – besonders umstritten ist die Benennung von Straßen nach OUN- und UPA-Mitgliedern. Im Verzeichnis der neuen Straßennamen werden die Aktivitäten von OUN und UPA in Hinblick auf ihren Dienst für den Kampf um einen ukrainischen Nationalstaat dargestellt, ohne jedoch auf die von OUN und UPA massenhaft ausgeübte Gewalt hinzuweisen.

Informationen über die Autorin und eine Bibliographie finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Lina Klymenko promovierte in Politikwissenschaft an der Universität Wien und ist Dozentin an der Tampere-Universität in Finnland. Die Schwerpunkte ihrer Forschung sind Außenpolitik, Erinnerungspolitik und Politik der nationalen Identität in postsowjetischen Ländern.

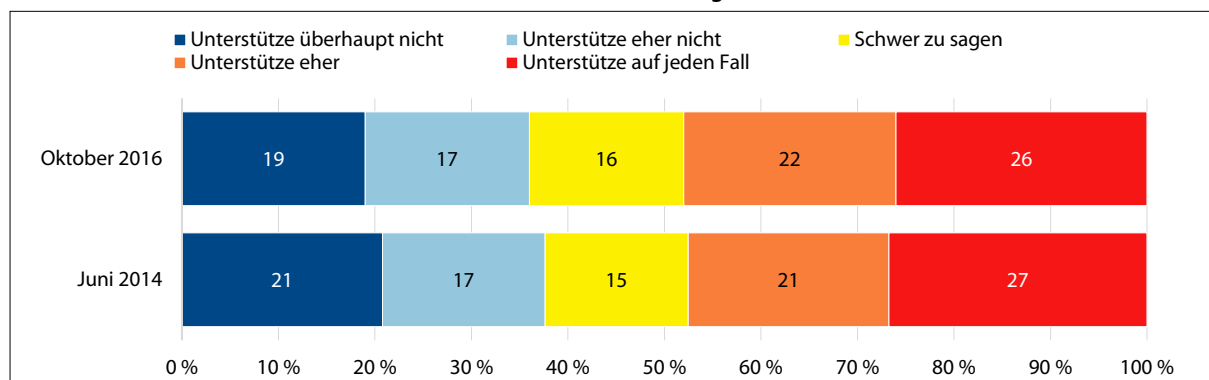
Bibliographie

- Klymenko, Lina (2017) Cutting the Umbilical Cord: The Narrative of the National Past and Future in Ukrainian De-communization Policy, in Belavusau, U. und Gliszczyńska-Grabias, A. (eds) Law and Memory: Towards Legal Governance of History. Cambridge: Cambridge University Press, S. 310–328.
- Klymenko, Lina (2014) World War II in Ukrainian School History Textbooks: Mapping the Discourse of the Past. Compare: A Journal of Comparative and International Education, Volume 44, Nr. 5, S. 756–777.
- Shevel, Oxana (2016) Decommunization in Post-Euromaidan Ukraine: Law and Practice. Ponars Policy Memo 411, <http://www.ponarseurasia.org/memo/decommunization-post-euromaidan-ukraine-law-and-practice>.

UMFRAGE

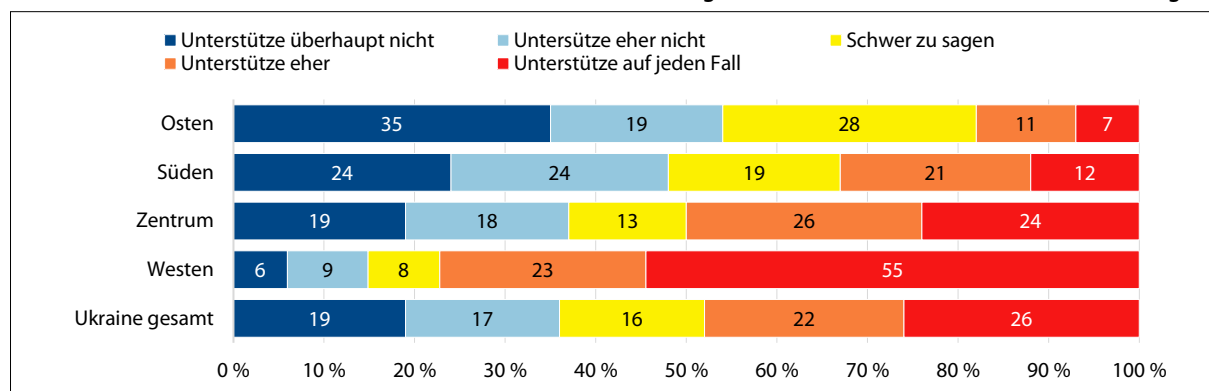
Meinungsumfragen zur Dekommunisierung

Grafik 1: Wie stehen Sie zu der Idee, die kommunistische Ideologie in der Ukraine zu verbieten? (in %)



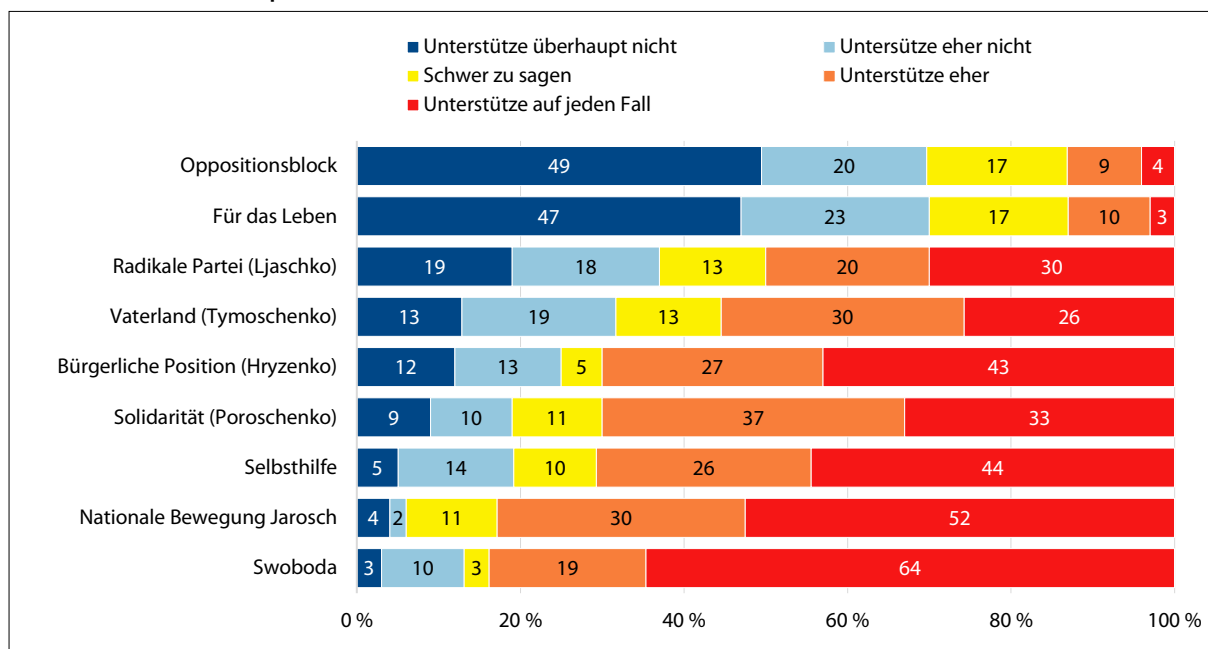
Quelle: Rating-Group, Historische Zahlen. Dekommunisierung in der Ukraine: November 2016, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html; die Umfrage wurde auf von der ukrainischen Regierung kontrolliertem Territorium durchgeführt, nicht jedoch auf der von Russland annektierten Krim sowie der »Volksrepubliken« in Luhansk und Donezk.

Grafik 2: Wie stehen Sie zu der Idee, die kommunistische Ideologie in der Ukraine zu verbieten? (in %, nach Region)



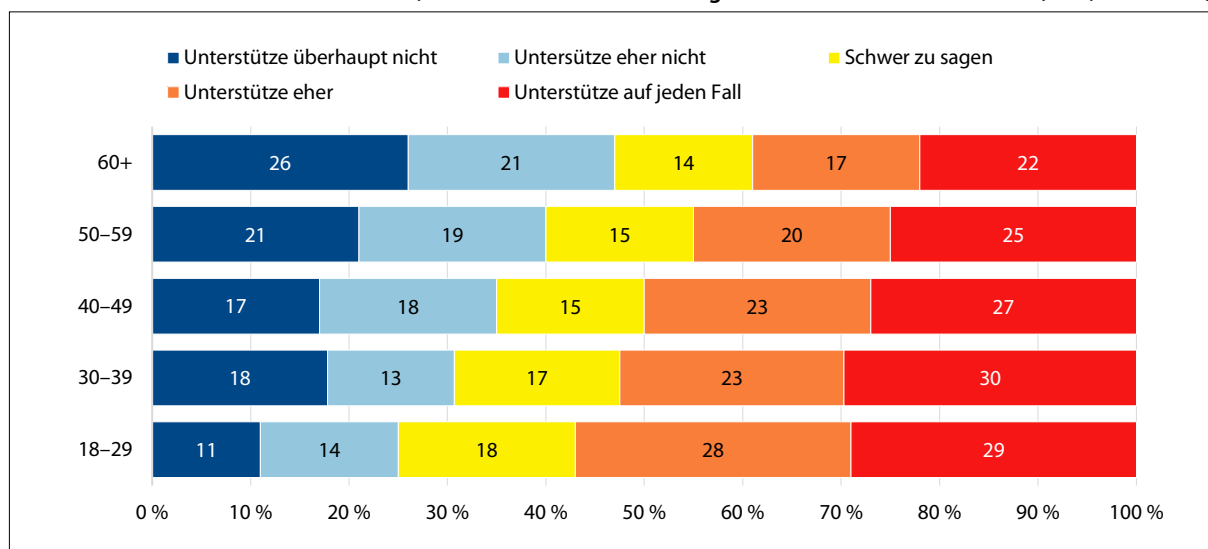
Quelle: Rating-Group, Historische Zahlen. Dekommunisierung in der Ukraine: November 2016, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html; siehe Grafik 16 auf S. 11 für die Regionen der Ukraine; die Umfrage wurde auf von der ukrainischen Regierung kontrolliertem Territorium durchgeführt, nicht jedoch auf der von Russland annektierten Krim sowie der »Volksrepubliken« in Luhansk und Donezk.

Grafik 3: Wie stehen Sie zu der Idee, die kommunistische Ideologie in der Ukraine zu verbieten? (in %, nach politischer Präferenz)



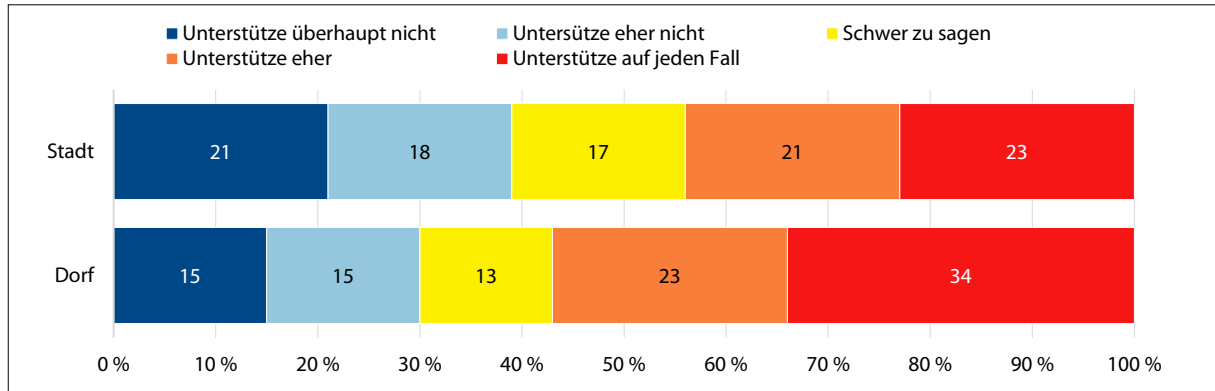
Quelle: Rating-Group, Historische Zahlen. Dekommunisierung in der Ukraine: November 2016, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html; die Umfrage wurde auf von der ukrainischen Regierung kontrolliertem Territorium durchgeführt, nicht jedoch auf der von Russland annektierten Krim sowie der »Volksrepubliken« in Luhansk und Donezk.

Grafik 4: Wie stehen Sie zu der Idee, die kommunistische Ideologie in der Ukraine zu verbieten? (in %, nach Alter)



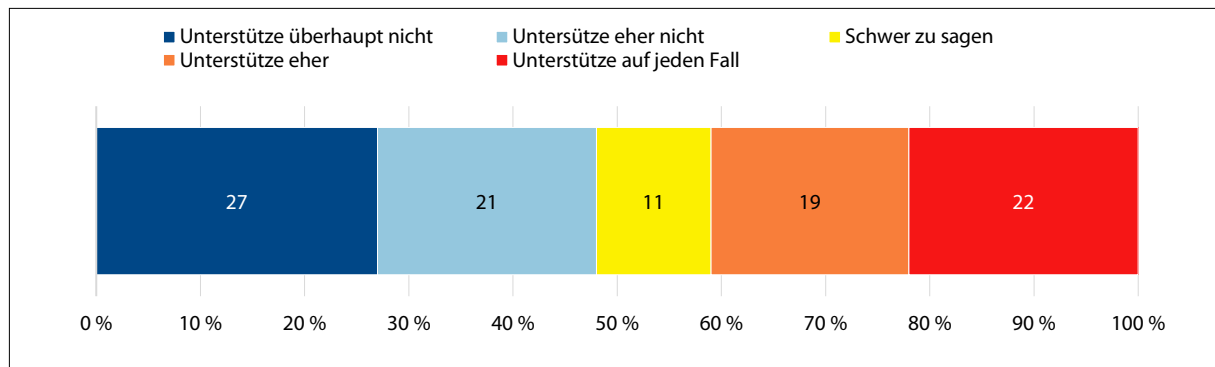
Quelle: Rating-Group, Historische Zahlen. Dekommunisierung in der Ukraine: November 2016, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html; die Umfrage wurde auf von der ukrainischen Regierung kontrolliertem Territorium durchgeführt, nicht jedoch auf der von Russland annektierten Krim sowie der »Volksrepubliken« in Luhansk und Donezk.

Grafik 5: Wie stehen Sie zu der Idee, die kommunistische Ideologie in der Ukraine zu verbieten? (in %, nach Wohnort)



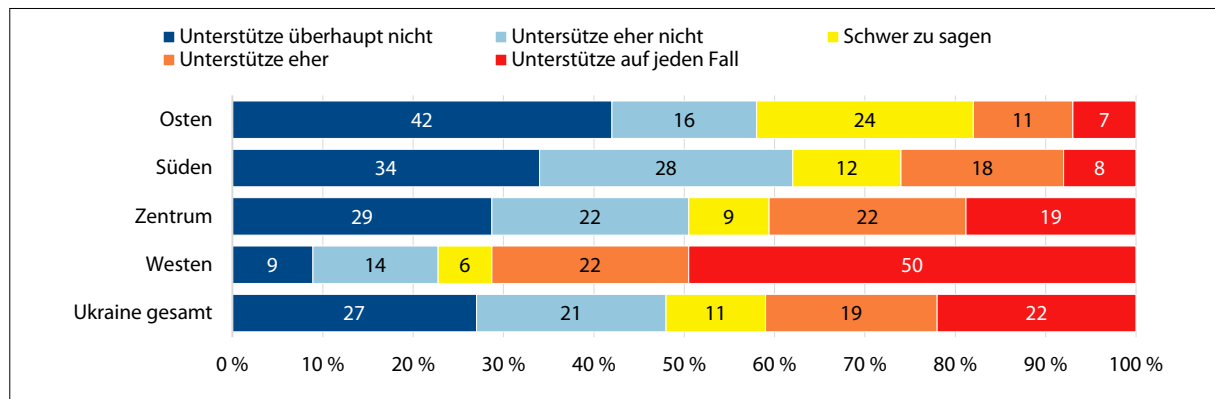
Quelle: Rating-Group, Historische Zahlen. Dekommunisierung in der Ukraine: November 2016, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html; die Umfrage wurde auf von der ukrainischen Regierung kontrolliertem Territorium durchgeführt, nicht jedoch auf der von Russland annektierten Krim sowie der »Volksrepubliken« in Luhansk und Donezk.

Grafik 6: Wie stehen Sie zu der Initiative, alle Lenin-Denkmäler in der Ukraine zu demontieren? (in %)



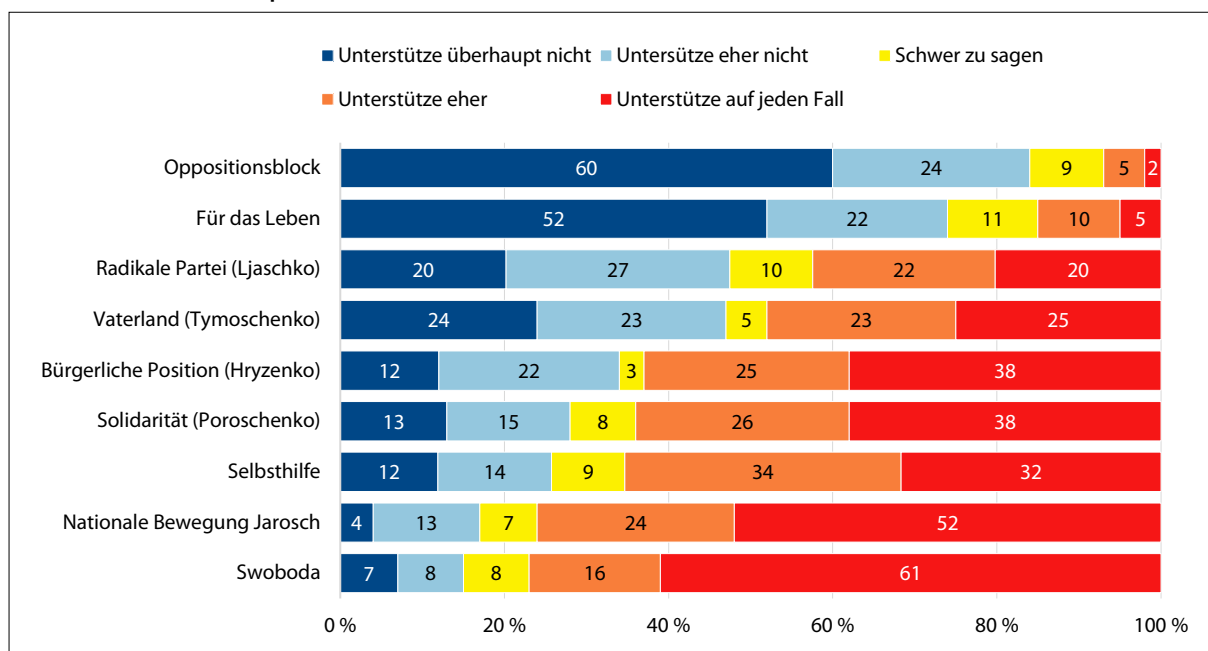
Quelle: Rating-Group, Historische Zahlen. Dekommunisierung in der Ukraine: November 2016, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html; die Umfrage wurde auf von der ukrainischen Regierung kontrolliertem Territorium durchgeführt, nicht jedoch auf der von Russland annektierten Krim sowie der »Volksrepubliken« in Luhansk und Donezk.

Grafik 7: Wie stehen Sie zu der Initiative, alle Lenin-Denkmäler in der Ukraine zu demontieren? (in %, nach Region)



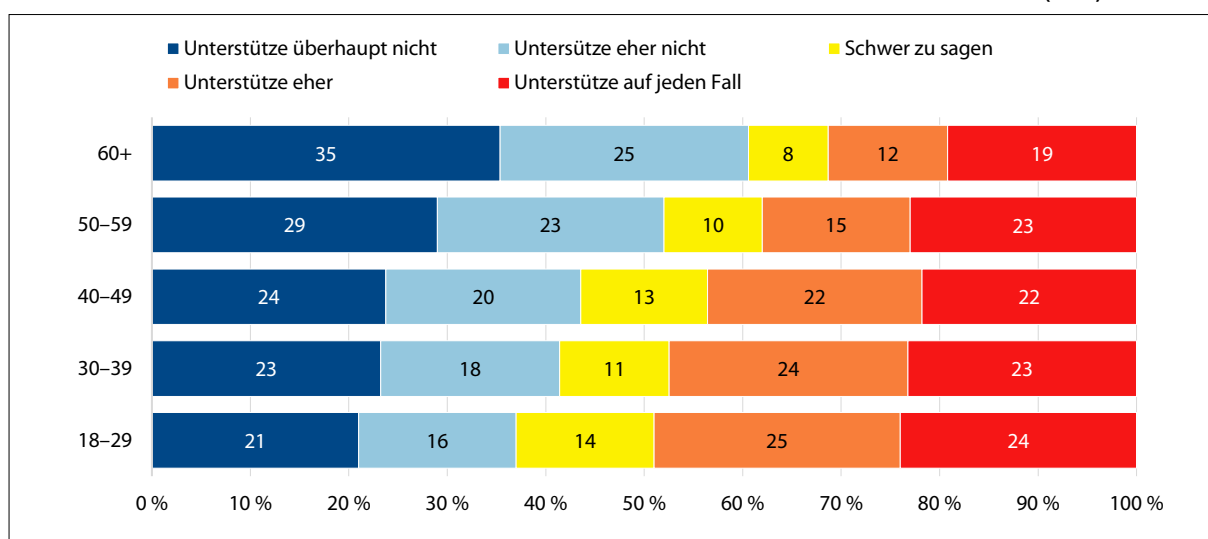
Quelle: Rating-Group, Historische Zahlen. Dekommunisierung in der Ukraine: November 2016, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html; siehe Grafik 16 auf S. 11 für die Regionen der Ukraine; die Umfrage wurde auf von der ukrainischen Regierung kontrolliertem Territorium durchgeführt, nicht jedoch auf der von Russland annektierten Krim sowie der »Volksrepubliken« in Luhansk und Donezk.

Grafik 8: Wie stehen Sie zu der Initiative, alle Lenin-Denkmäler in der Ukraine zu demontieren? (in %, nach politischer Präferenz)



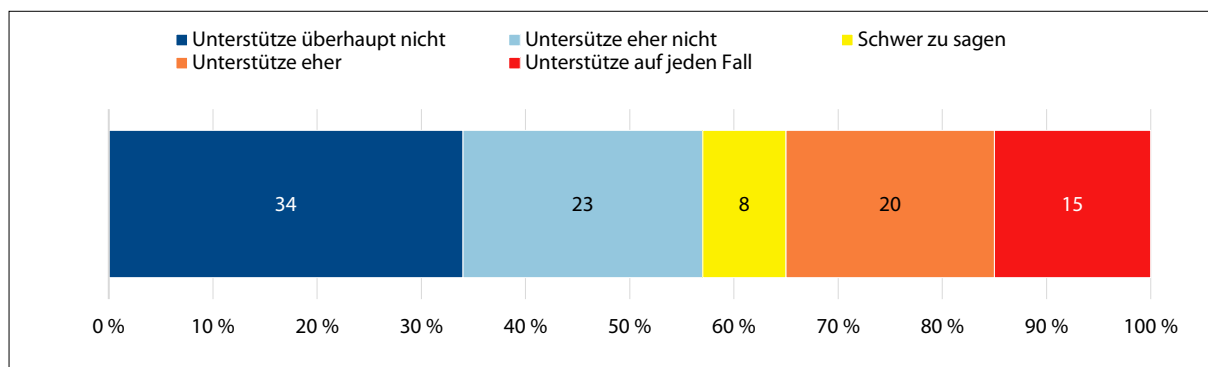
Quelle: Rating-Group, Historische Zahlen. Dekommunisierung in der Ukraine: November 2016, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html; die Umfrage wurde auf von der ukrainischen Regierung kontrolliertem Territorium durchgeführt, nicht jedoch auf der von Russland annektierten Krim sowie der »Volksrepubliken« in Luhansk und Donezk.

Grafik 9: Wie stehen Sie zu der Initiative alle Denkmäler Lenins in der Ukraine zu demontieren? (in %, nach Alter)



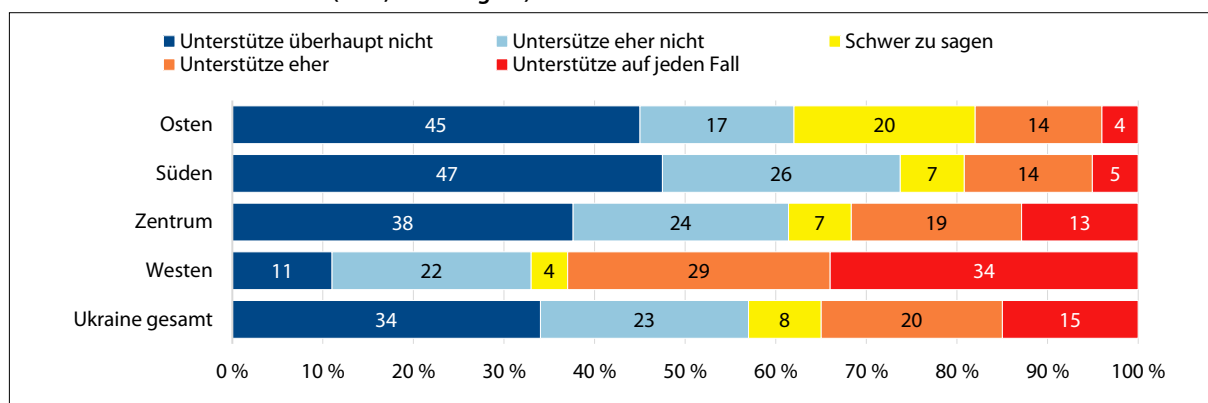
Quelle: Rating-Group, Historische Zahlen. Dekommunisierung in der Ukraine: November 2016, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html; die Umfrage wurde auf von der ukrainischen Regierung kontrolliertem Territorium durchgeführt, nicht jedoch auf der von Russland annektierten Krim sowie der »Volksrepubliken« in Luhansk und Donezk.

Grafik 10: Wie stehen Sie zu der Initiative, sowjetische Namen von Städten und Straßen in der Ukraine umzubenennen? (in %)



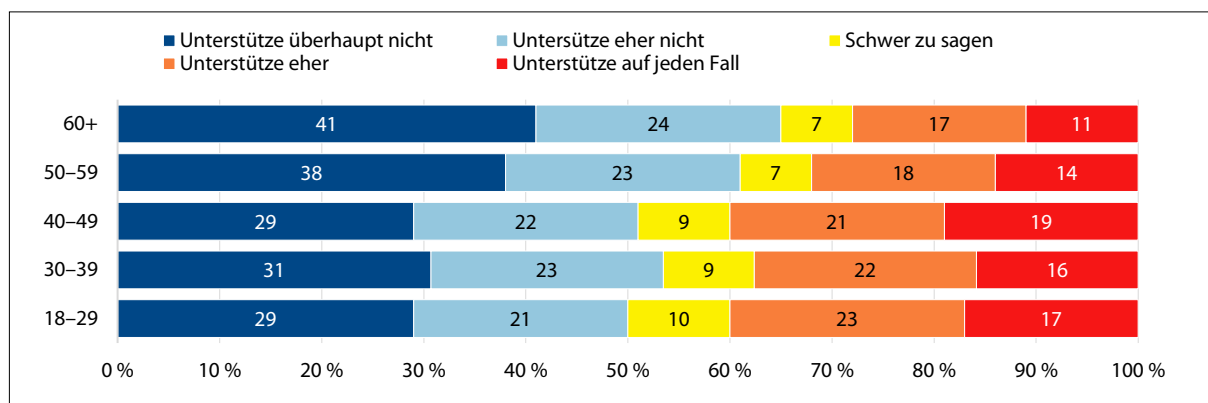
Quelle: Rating-Group, Historische Zahlen. Dekommunisierung in der Ukraine: November 2016, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html; die Umfrage wurde auf von der ukrainischen Regierung kontrolliertem Territorium durchgeführt, nicht jedoch auf der von Russland annektierten Krim sowie der »Volksrepubliken« in Luhansk und Donezk.

Grafik 11: Wie stehen Sie zu der Initiative, sowjetische Namen von Städten und Straßen in der Ukraine umzubenennen? (in %, nach Region)



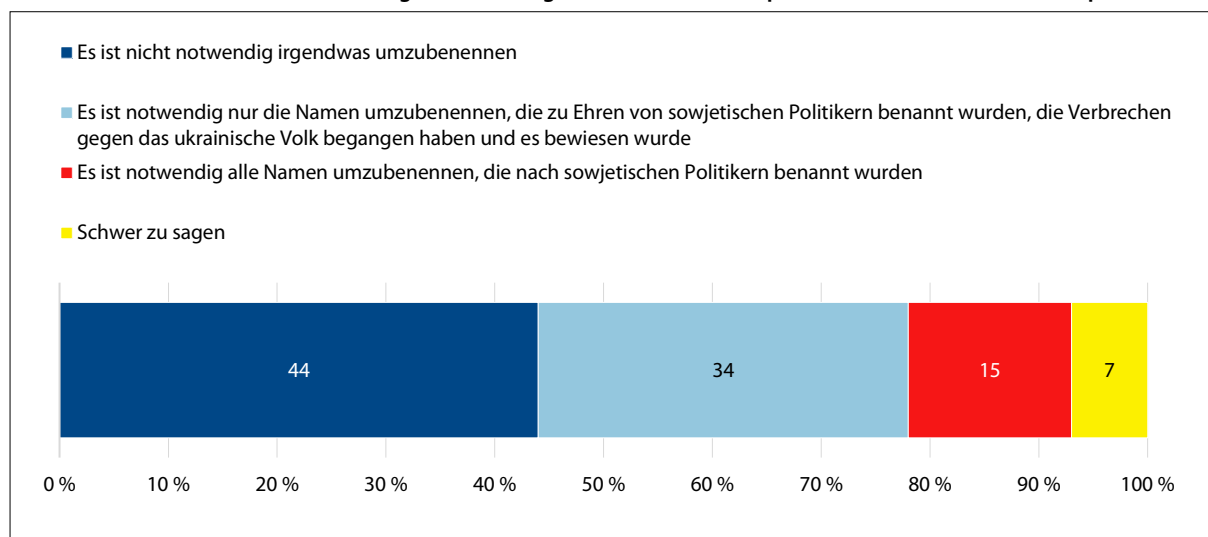
Quelle: Rating-Group, Historische Zahlen. Dekommunisierung in der Ukraine: November 2016, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html; siehe Grafik 16 auf S. 11 für die Regionen der Ukraine; die Umfrage wurde auf von der ukrainischen Regierung kontrolliertem Territorium durchgeführt, nicht jedoch auf der von Russland annektierten Krim sowie der »Volksrepubliken« in Luhansk und Donezk.

Grafik 12: Wie stehen Sie zu der Initiative, sowjetische Namen von Städten und Straßen in der Ukraine umzubenennen? (in %, nach Alter)



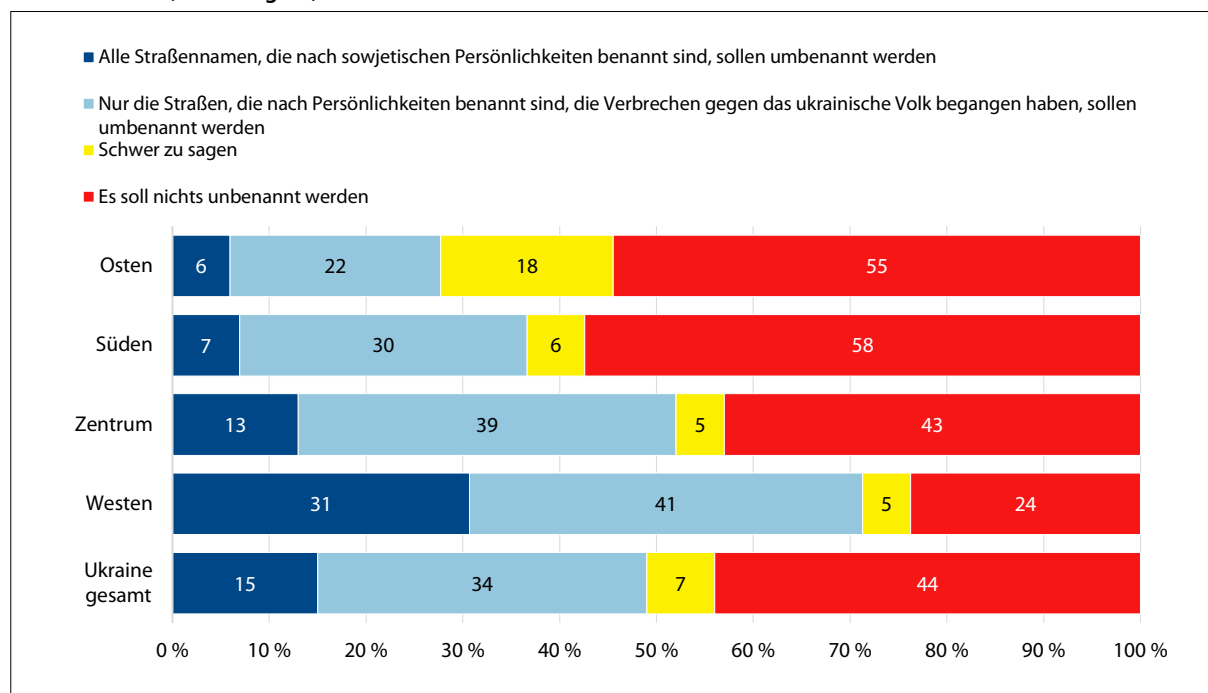
Quelle: Rating-Group, Historische Zahlen. Dekommunisierung in der Ukraine: November 2016, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html; die Umfrage wurde auf von der ukrainischen Regierung kontrolliertem Territorium durchgeführt, nicht jedoch auf der von Russland annektierten Krim sowie der »Volksrepubliken« in Luhansk und Donezk.

Grafik 13: Momentan gibt es in der Gesellschaft eine Debatte, welche Straßen umbenannt werden sollen und welche nicht. Welche der folgenden Aussagen zu diesem Thema passt am besten zu Ihrem Standpunkt? (in %)



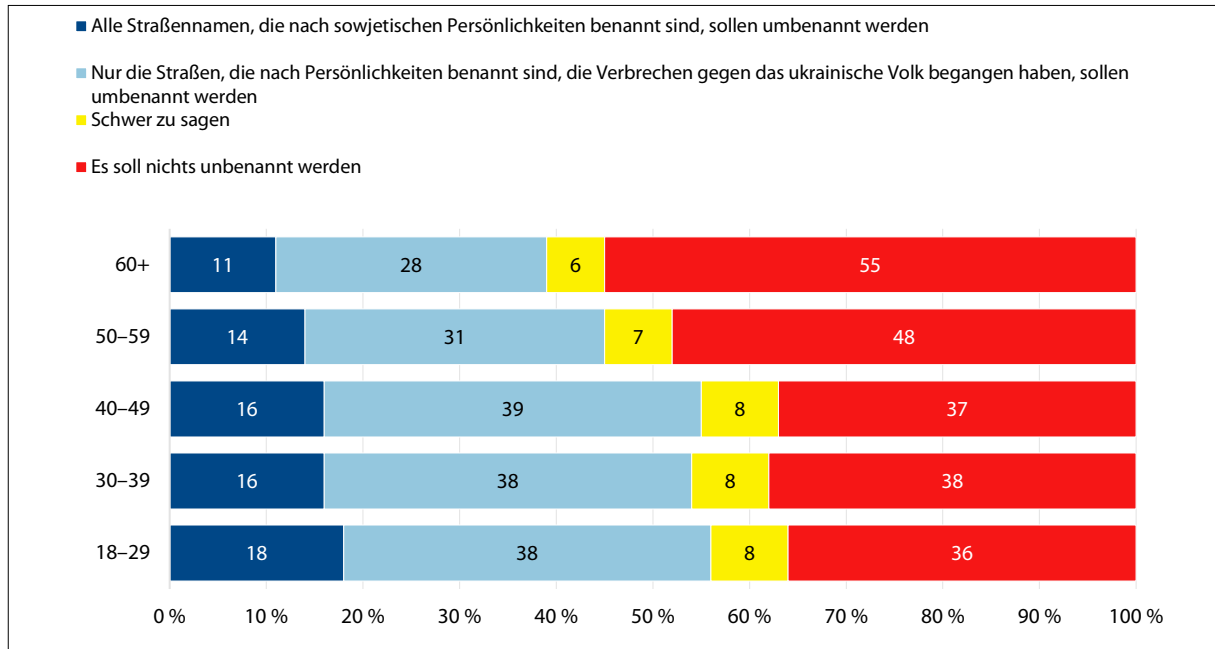
Quelle: Rating-Group, Historische Zahlen. Dekommunisierung in der Ukraine: November 2016, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html; die Umfrage wurde auf von der ukrainischen Regierung kontrolliertem Territorium durchgeführt, nicht jedoch auf der von Russland annektierten Krim sowie der »Volksrepubliken« in Luhansk und Donezk.

Grafik 14: Momentan gibt es in der Gesellschaft eine Debatte, welche Straßen umbenannt werden sollen und welche nicht. Welche der folgenden Aussagen zu diesem Thema passt am besten zu Ihrem Standpunkt? (in %, nach Region)



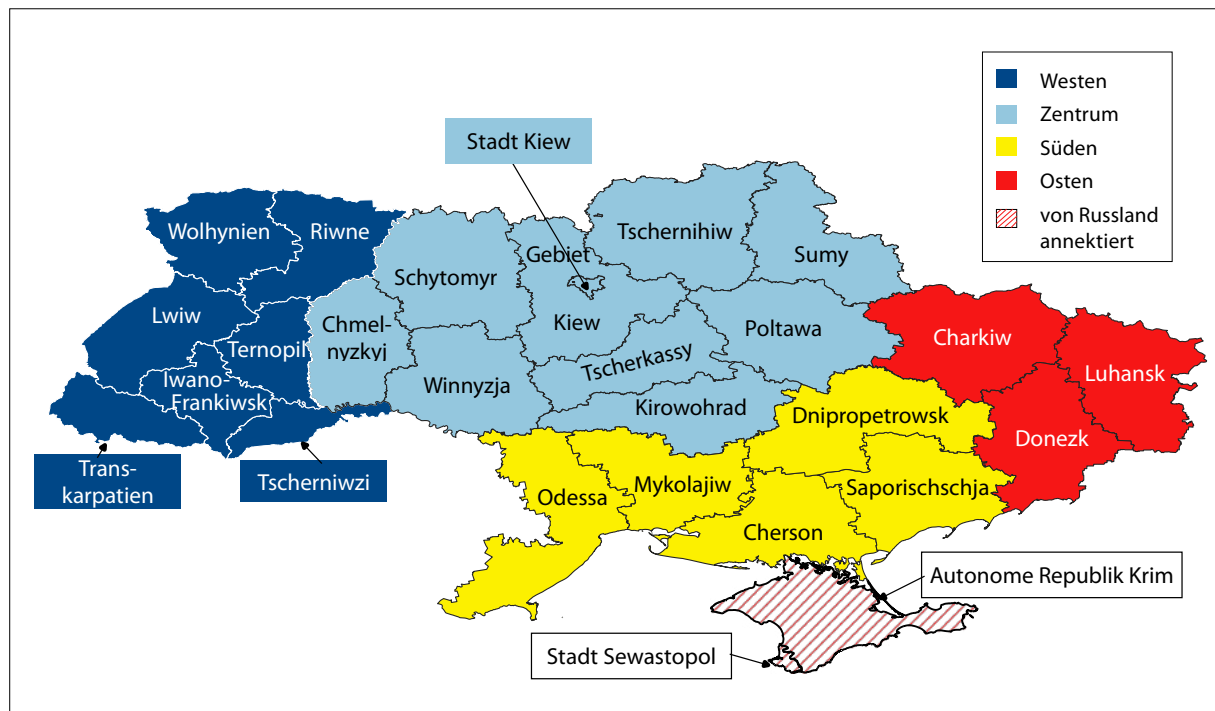
Quelle: Rating-Group, Historische Zahlen. Dekommunisierung in der Ukraine: November 2016, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html; siehe Grafik 16 auf S. 11 für die Regionen der Ukraine; die Umfrage wurde auf von der ukrainischen Regierung kontrolliertem Territorium durchgeführt, nicht jedoch auf der von Russland annektierten Krim sowie der »Volksrepubliken« in Luhansk und Donezk.

Grafik 15: Momentan gibt es in der Gesellschaft eine Debatte, welche Straßen umbenannt werden sollen und welche nicht. Welche der folgenden Aussagen zu diesem Thema passt am besten zu Ihrem Standpunkt? (in %, nach Alter)



Quelle: Rating-Group, Historische Zahlen. Dekommunisierung in der Ukraine: November 2016, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html; die Umfrage wurde auf von der ukrainischen Regierung kontrolliertem Territorium durchgeführt, nicht jedoch auf der von Russland annektierten Krim sowie der »Volksrepubliken« in Luhansk und Donezk.

Grafik 16: Regionen der Ukraine

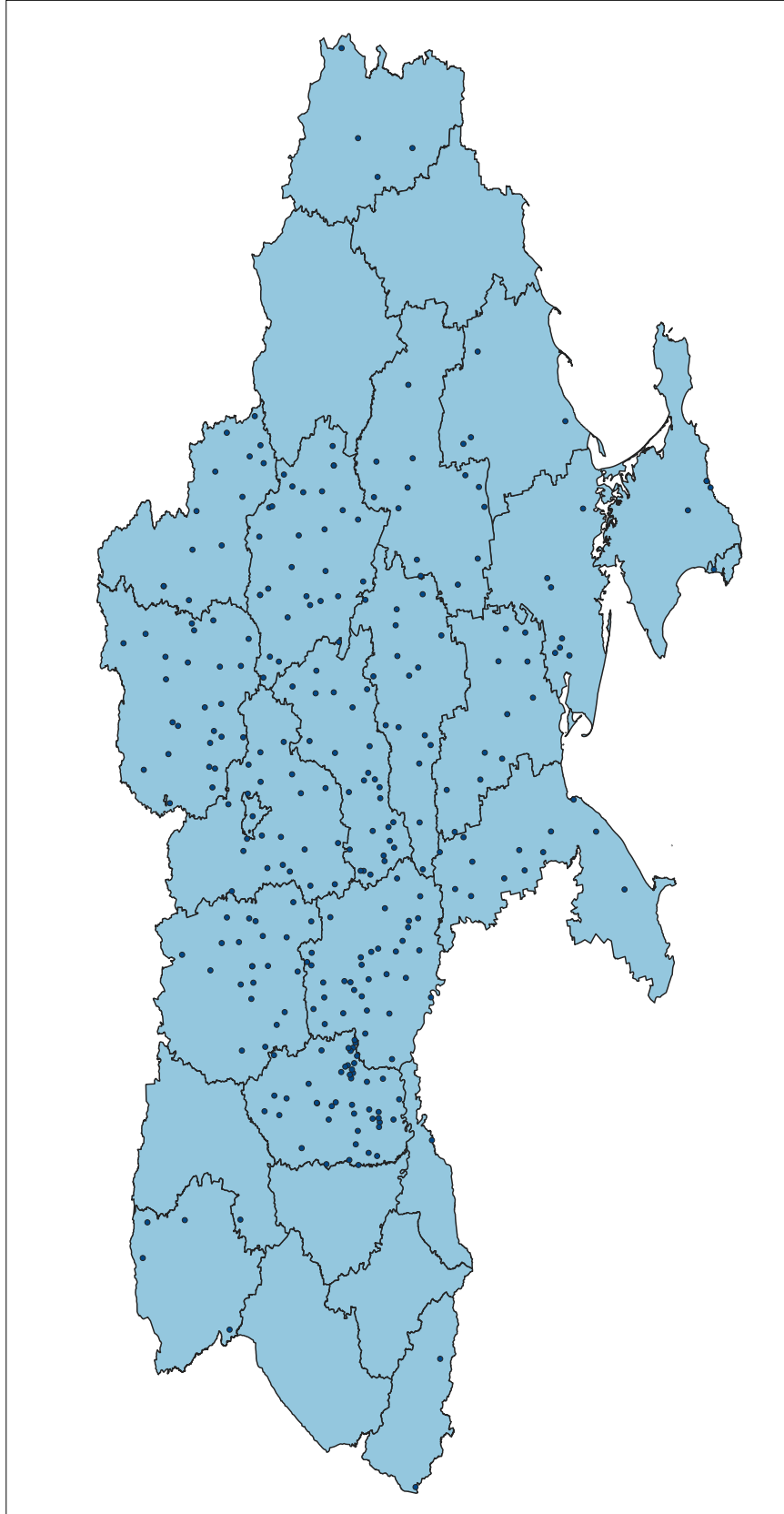


Quelle: Rating-Group, Historische Zahlen. Dekommunisierung in der Ukraine: November 2016, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html; Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS, mit Daten von <https://data.humdata.org/dataset/ukraine-administrative-boundaries-as-of-q2-2017>; die Umfrage wurde auf von der ukrainischen Regierung kontrolliertem Territorium durchgeführt, nicht jedoch auf der von Russland annektierten Krim sowie der »Volksrepubliken« in Luhansk und Donezk.

KARTE

»Leninopad«: Sturz der Lenin-Statuen im Februar 2014

Karte 1: »Leninopad«: Sturz der Lenin-Statuen im Februar 2014



Quelle: Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS, mit Daten von <https://data.humdata.org/dataset/ukraine-administrative-boundaries-as-of-q2-2017> und von Ukraine: Revolution Of Dignity, MAPA: Digital Atlas of Ukraine, Ukrainian Research Institute at Harvard University, <http://harvard-cga.maps.arcgis.com/apps/webappviewer/index.html?id=2fa308aa641d43139d3a5b5b59081a5a>

Die Ukraine im Sicherheitsradar 2019

Von Simon Weiß, Wien

Zusammenfassung

Die Europäische Sicherheit ist nicht erst seit der Annexion der Krim, die sich in diesen Tagen zum fünften Mal jährt, fragil. Der neue »Sicherheitsradar 2019: Weckruf für Europa« des FES Regionalbüros für Zusammenarbeit und Frieden in Europa zeigt anhand ausgewählter Staaten, welche Risiken für Frieden und Sicherheit aus Sicht von Bürgern und Experten bestehen. Für die Ukraine zeigt der »Sicherheitsradar«, dass sich eine deutliche Mehrheit eine Annäherung an die EU wünscht, während Russland überwiegend als Bedrohung aufgefasst wird. Ein zentraler Befund ist, dass für die Lösung des Donbas-Konflikts eine inländische Konfliktlösung einer vielfach diskutierten internationalen Blauhelmission vorgezogen wird.

Einleitung

Der Ukraine-Konflikt ist nicht die einzige Ursache der aktuellen Unruhen in der Europäischen Sicherheit; viele weitere Streitpunkte, die zum Teil wesentlich weiter als fünf Jahre zurück reichen, liegen dieser Situation zugrunde. Dennoch wurden die letzten fünf Jahre sicherheitspolitisch durch den russisch-ukrainischen Konflikt geprägt. Bewältigt ist im Wesentlichen nichts. Gleichzeitig verliefen in der Ukraine institutionelle und identitäre Umwälzungen, die ähnliche Prozesse nach der Unabhängigkeit 1991 und nach der »Orangen Revolution« 2004/05 in den Schatten stellen. Der aktuelle und durch kriegerische Auseinandersetzungen im Donbas radikalisierte Ansatz der Nationenbildung speist sich aus unterschiedlichen Quellen, gleichwohl ist die sichtbarste Form, die Ablehnung allen Russländischen und allem was an die gemeinsame Geschichte erinnert, gerade in Zeiten des aktuellen Wahlkampfes besonders sichtbar.

Aufgrund dieser gesellschaftlichen und politischen Spezifika wurde die Ukraine in die Länderauswahl für die Studie »Sicherheitsradar 2019: Weckruf für Europa« des Regionalbüros für Zusammenarbeit und Frieden in Europa der Friedrich Ebert Stiftung (FES), aufgenommen. Zusätzlich ist es das größte Land im Rahmen der Östlichen Partnerschaft mit den entsprechenden Abkommen. Die Basis der Studie besteht einerseits aus einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in sieben Staaten (Deutschland, Frankreich, Lettland, Polen, Russland, Serbien, Ukraine), die in Kooperation mit dem Meinungsforschungsinstitut Ipsos im Sommer und Herbst 2018 durchgeführt wurde. Die Umfrage untersucht systematisch die Haltungen und Werte bezüglich der aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Situation in Europa. Andererseits wurden begleitend zur Umfrage Gruppendiskussionen mit lokalen Experten und Politikern durchgeführt. Das Ziel war, die typische Denkweise der lokalen Expertengemeinschaft zu ermitteln: Wie evaluieren Experten die aktuelle sicherheitspolitische Situation, und welche Maßnahmen empfehlen sie

entsprechend? Wie unterscheidet sich die Denkweise der Experten von der öffentlichen Meinung? In jedem Land nahm eine kleine Gruppe von ungefähr fünf Personen an einer angeleiteten offenen Diskussion teil.

Die Ukraine im Vergleich

Die Umfrage zeigt, dass Europas Bürger besorgt sind: 69 Prozent aller Befragten glauben, dass auch ihr Land von potenziellen neuen Kriegen und Konflikten betroffen sein könnte. In der Ukraine ist die Kriegsangst eine direkte Folge der bewaffneten Gewalt im Osten des Landes. In Deutschland und Frankreich ist die Kriegsangst eher diffus. Als Gegner werden sowohl die USA als auch Russland genannt. Für Polen hingegen stellt eindeutig Russland eine Bedrohung dar, Deutschland rangiert als Gegner vor den USA. Auch Lettland fürchtet Russland am meisten. In Serbien erinnert man sich an die Jugoslawienkriege und den Einsatz der NATO im Kosovo-Konflikt. Insofern werden in erster Linie Albanien, die USA und Kroatien als Gegner genannt. In Russland sieht man die USA als Hauptgegner.

Eine große Herausforderung für die Sicherheit in Europa ist die Unzufriedenheit mit dem politischen Status einiger Staaten. Insbesondere Serben (85 Prozent), Ukrainer (74 Prozent) und Polen (67 Prozent) halten ihr Land für nicht angemessen anerkannt, während Deutsche (71 Prozent) und Franzosen (59 Prozent) mit dem politischen Stellenwert des eigenen Landes zufrieden sind. Vor allem Serben (75 Prozent) und Russen (69 Prozent) sind der Meinung, dass andere Staaten die Entwicklung ihres eigenen Landes aktiv behindern. Daraus folgt vor allem in Serbien (77 Prozent) das politische Ziel, die Militärausgaben zu erhöhen, aber auch in Polen (68 Prozent) und der Ukraine (61 Prozent) werden höhere Militärausgaben befürwortet. Hingegen wünschen sich nur 43 Prozent der Deutschen eine solche Entwicklung.

Die Befragten halten für die entscheidenden Faktoren, die das Verhältnis zu Russland ausmachen, den Ukraine-Konflikt (72 Prozent) und die USA (68 Prozent). Dabei sind die Meinungsunterschiede zwischen

Deutschen und Polen in beiden Fragen gering. 69 Prozent aller Befragten sind überzeugt, dass zu wenig Kooperation mit Russland ebenso ein Faktor ist. Interessant ist, dass gerade Letten (84 Prozent) und Polen (77 Prozent) über diesem Durchschnitt liegen, Deutsche (68 Prozent) knapp darunter. Für die Zukunft stellt sich mehr als die Hälfte der insgesamt Befragten eine tiefere Kooperation mit Russland vor, wobei dieser Wert sogar in der Ukraine noch bei 27 Prozent liegt.

Ukraine im Fokus

Selbstwahrnehmung

Nach fünf turbulenten Jahren lässt sich eine Anpassung an die neuen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen beobachten. Die Ukrainer sind angesichts steigender Preise und insgesamt erschwelter Lebensbedingungen nach 2014 ziemlich gelassen, was ihre wirtschaftlichen Aussichten betrifft. Nur 44 Prozent glauben, dass sich ihre wirtschaftliche Lage, oder die ihrer Familie in der Zukunft verschlechtern wird. Dennoch äußern sich 83 Prozent der Befragten angesichts der Entwicklungen in der Ukraine und in der Welt allgemein besorgt über ihre persönliche Zukunft.

Die Ergebnisse der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen Ende März und der Parlamentswahlen im Herbst werden als entscheidend für den weiteren Entwicklungspfad des Landes angesehen. Unabhängig davon, wer sich letzten Endes durchsetzt – die neuen und möglicherweise alten Verantwortlichen werden es schwer haben, wie die Ergebnisse der Umfrage zeigen. Die Ukrainer sind mit dem internationalen Status ihres Landes unzufrieden. 74 Prozent glauben, dass ihr Land nicht den Status in der Welt hat, den es verdient. Ein weiterer, sehr besorgniserregender Punkt, ist der fragile Vertrauenszustand in die wichtigsten inländischen Institutionen. Von allen befragten Gesellschaften ist das Vertrauen in staatliche Institutionen in der Ukraine am niedrigsten. Gleichzeitig gibt es die größte Diskrepanz zwischen den »Silowiki-Institutionen«, die relativ gut abschneiden, und den demokratischen Institutionen, die deutlich schlechter wegkommen. Die einzige Institution, der die Ukrainer mehrheitlich vertrauen (68 Prozent), ist die Armee.

Die Ukrainer gehören zu den stärksten Befürwortern einer vertieften europäischen Integration (76 Prozent), basierend auf dem Glauben an eine gemeinsame europäische Kultur (79 Prozent). In der Ukraine zeigt sich dies am deutlichsten Bekenntnis aller untersuchten Länder für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der EU (79 Prozent). Allerdings sprechen sich auch 27 Prozent für eine stärkere Zusammenarbeit mit Russland aus, was abermals den Blick auf eine Besonderheit der heutigen Ukraine lenkt. Schätzungsweise 25–30 Prozent der Bevölkerung folgt in

punkto Russlandpolitik nicht der aktuellen Regierungslinie. Das sieht man ebenfalls an anderen Fragen im Sicherheitsradar aber auch an Diskussionen vor Ort.

Wahrnehmung der Europäischen Sicherheit

Ukrainischen Experten zufolge spielen Mehrdeutigkeit und Unsicherheit eine große Rolle für die Sicherheitslage der Euro-Atlantischen Zone. Ein Hauptproblem ist die Uneinigkeit über klare Bedrohungswahrnehmungen im westlichen (EU / NATO) Lager. Experten in Kiew zufolge sollte die ukrainische Regierung ihre Beziehungen zu allen regionalen Partnern verbessern, da unter den gegenwärtigen Umständen kein Partner unwichtig ist. Dies gilt insbesondere für die Beziehungen zu Ungarn, die angespannt sind. Insgesamt betonen die Experten jedoch die Bedeutung von »Schwergewicht«-Partnern wie den Vereinigten Staaten, Kanada, Polen und Deutschland, was umgekehrt einen geringeren Einfluss des eigenen Landes impliziert. Russland wurde in keiner Weise als Partner genannt, obwohl es immer noch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit gibt, die derzeit sogar wächst.

Die ambivalente Haltung der Ukraine gegenüber Russland, ein möglicher Beitritt zu westlichen Organisationen und der Konflikt im Donbas werden durch die folgenden Daten veranschaulicht. Für die Befragten in der Ukraine ist der Hauptfeind Russland (73 Prozent) mit großem Abstand gegenüber anderen genannten Staaten, gefolgt von den Vereinigten Staaten (11 Prozent).

Das zentrale außenpolitische Thema der Ukraine war in den letzten Jahren das Streben nach Mitgliedschaft in verschiedenen internationalen Institutionen, was für weite Teile der herrschenden Elite die Zugehörigkeit zum Westen und zugleich eine grundlegende Abgrenzung von Russland symbolisiert. Bei den namentlich genannten Organisationen unterscheiden Ukrainer recht deutlich zwischen der EU, deren Beitritt von 73 Prozent befürwortet wird, und der NATO, die nur zu 56 Prozent befürwortet wird. In Polen wünschen sich sogar mehr Menschen eine ukrainische NATO-Mitgliedschaft – ganze 67 Prozent. In Deutschland sind es weitaus weniger: Nur 23 Prozent unterstützen die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und 26 Prozent einen EU-Beitritt des Landes. In Russland, das überrascht kaum, wird die EU- und vor allem die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine mit 55 bzw. 75 Prozent deutlich abgelehnt.

Gleichzeitig glauben 52 Prozent der Befragten in der Ukraine, dass die Osterweiterung der EU und der NATO für die derzeitige Spannung zwischen dem Westen und Russland verantwortlich ist, und dass speziell die NATO-Osterweiterung Richtung russischer Grenzen eine Bedrohung für die europäische Sicherheit darstellt (37 Prozent). Die verhaltene gesellschaftliche Zustimmung zum NATO-Beitritt (56 Prozent) unterscheidet

sich auffallend von der hohen Zustimmung der Expertengemeinde in Kiew, die den Beitritt sowohl zur EU als auch zur NATO als außenpolitische Priorität betrachtet. Trotz der jüngst erfolgten Verankerung des Beitrittsziels in der ukrainischen Verfassung wird die Akzeptanz in der Bevölkerung und vor allem die Wahrscheinlichkeit einer tatsächlichen Aufnahme nicht wachsen.

Der Weg nach vorne

Um aus der angespannten Sicherheitslage in Europa einen Ausweg zu finden, muss eine tragfähige Lösung für den gesamten Donbas gefunden werden.

Dieser Konflikt steht im Sicherheitsradar mit einigen Fragen im Vordergrund, daher ist es besonders interessant, den Stimmen aus der ukrainischen Gesellschaft einen speziellen Platz einzuräumen. Schließlich sagen 54 Prozent der Ukrainer, dass ihr Land für die Eskalation des Konfliktes selbst verantwortlich ist. Aus Sicht der ukrainischen Fokusgruppenteilnehmer jedoch liegt sowohl der Schlüssel zur Lösung als auch die Verantwortung für den Donbas-Konflikt in Moskau. Aufgrund der Feindseligkeit des Kremls wurde auch Skepsis gegenüber einer möglichen Blauhelm-Mission im Donbas geäußert. Betrachtet man die Aussagen der Bevölkerung zum Konflikt im eigenen Land, sieht das Bild anders aus.

Bemerkenswert ist, dass nur 52 Prozent eine UN-Blauhelmmission befürworten, hingegen 63 Prozent eine inländische Konfliktlösung (»es sollte der Ukraine überlassen werden«). Das könnte sowohl eine »De-Okkupation« der unkontrollierten (separatistischen) Gebiete als auch Verhandlungen mit Vertretern der sogenannten »Volksrepubliken« zwecks Reintegration der abtrünnigen Region bedeuten.

Da weder die Experten, noch die breite Öffentlichkeit eine militärische Konfliktlösung für einen Ausweg

halten, bedeutet dies, dass eine Regionalisierung des Konflikts einer Internationalisierung vorgezogen werden sollte. In diesem Zusammenhang war es auch für die ukrainischen Experten wichtig, dass ein »transnistrisches Szenario« – in dem einseitige Zugeständnisse an die separatistische Seite gemacht werden würden – auf alle Fälle verhindert werden sollte. Es würde nur den Einfluss Russlands festigen. In Anbetracht der Tatsache, dass Kiew die separatistischen Regionen reintegrieren will (wenn man den vielen öffentlichen Bekundungen trauen möchte), wird die Einleitung eines politischen Dialogs mit Akteuren in den abtrünnigen Regionen ebenso entscheidend sein, wie sein Wirkungsbereich.

In Bezug auf die Zukunft der europäischen Sicherheit sahen Experten die Initiierung eines umfassenden Dialogs über Bedrohungswahrnehmungen – in allen möglichen Bereichen, einschließlich der Migration und des Einflusses Russlands und Chinas – als vielversprechende Maßnahme, um das gegenseitige Verständnis zwischen den europäischen Akteuren zu fördern.

Die Ukrainer befürworten stark eine aktive Außenpolitik (78 Prozent), welche auf nationale Interessen ausgerichtet ist (88 Prozent). Dies stellt zumindest eine solide Basis für die Suche nach komplementären sicherheitspolitischen Interessen dar, sowohl regional als auch international. Unabhängig des Ausgangs der diesjährigen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wäre es vorteilhaft, wenn die neue politische Führung tatsächlich verantwortungsvoll und mit Blick auf die Sorgen und Wünsche der eigenen Bevölkerung agieren würden. Das gilt natürlich auch für die anderen sechs Staaten im Sicherheitsradar 2019. Aber die Ukraine ist aus den bekannten Gründen in besonderem Maße gefordert, innen- und außenpolitisch den Status quo positiv zu verändern.

Über den Autor

Simon Weiß ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa der Friedrich Ebert Stiftung in Wien. Nach einem Studium der Politikwissenschaft und Soziologie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg lehrte er dort von 2011–2015 Internationale Beziehungen und Russische Außenpolitik. Aktuell beschäftigt er sich mit sicherheits- und verteidigungspolitischen Aspekten in Russland und Osteuropa und mit Fragen der Rüstungskontrolle in Europa.

Weiterführende Literatur

- FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa: Security Radar 2019. Wake-up call for Europe!, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190213.pdf>
- Samuel Charap, Alyssa Demus, Jeremy Shapiro: Getting Out from "In-Between". Perspectives on the Regional Order in Post-Soviet Europe and Eurasia. Rand Corporation, https://www.fes-vienna.org/fileadmin/user_upload/documents/RAND_CF382.pdf
- FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa: Foresight Ukraine. Four Scenarios for the Development of Ukraine, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/13723.pdf>

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Studie der Friedrich Ebert Stiftung zur Wahrnehmung außenpolitischer Bedrohungen

Tabelle 1: Bitte sagen Sie mir auf einer vierstufigen Skala jeweils, inwieweit Sie der folgenden Aussage zustimmen? (alle Befragten)

	Insgesamt	Deutschland	Frankreich	Russland	Polen	Ukraine	Lettland	Serbien
Ich befürchte, dass Kriege und andere Konflikte in Zukunft auch ... betreffen werden.	69 %	48 %	59 %	70 %	79 %	87 %	70 %	69 %
Angesichts zunehmender Spannungen zwischen Russland und dem Westen, halte ich neue Kriege in Europa für wahrscheinlich.	47 %	24 %	32 %	59 %	57 %	59 %	49 %	49 %
Zunehmende nationalistische Tendenzen stellen meines Erachtens eine Bedrohung für die Sicherheit in Europa dar.	68 %	76 %	70 %	69 %	69 %	52 %	63 %	73 %
Verbreitung von Falschinformationen und Cyber-Attacken gegen öffentliche Einrichtungen stellen meines Erachtens eine Bedrohung für ... dar.	74 %	77 %	73 %	73 %	80 %	76 %	73 %	66 %

Quelle: FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa: Security Radar 2019. Wake-up call for Europe!, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190213.pdf>

Tabelle 2: Vor dem Hintergrund des Ukraine-Konfliktes, stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu? – Die Sanktionen gegen Russland sollten ausgeweitet werden.

	Insgesamt	Deutschland	Frankreich	Russland	Polen	Ukraine	Lettland	Serbien
(1) Stimme voll und ganz zu	18 %	6 %	11 %	3 %	33 %	54 %	15 %	3 %
(2) Stimme eher zu	14 %	11 %	22 %	3 %	29 %	12 %	21 %	3 %
(3) Stimme eher nicht zu	18 %	44 %	23 %	7 %	18 %	9 %	19 %	8 %
(4) Stimme überhaupt nicht zu	41 %	31 %	20 %	83 %	14 %	15 %	40 %	83 %
Weiß nicht	7 %	6 %	19 %	4 %	7 %	9 %	6 %	2 %
Keine Angabe	2 %	2 %	4 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
Antworten (1) und (2)	32 %	17 %	34 %	6 %	61 %	66 %	35 %	6 %
Antworten (3) und (4)	59 %	75 %	44 %	90 %	31 %	24 %	59 %	91 %

Quelle: FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa: Security Radar 2019. Wake-up call for Europe!, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190213.pdf>

Tabelle 3: Vor dem Hintergrund des Ukraine-Konfliktes, stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu? – Die Ukraine sollte Mitglied der NATO werden. (alle Befragten)

	Insgesamt	Deutschland	Frankreich	Russland	Polen	Ukraine	Lettland	Serbien
(1) Stimme voll und ganz zu	18 %	8 %	9 %	3 %	35 %	41 %	22 %	6 %
(2) Stimme eher zu	17 %	16 %	18 %	3 %	31 %	15 %	25 %	10 %
(3) Stimme eher nicht zu	15 %	31 %	18 %	11 %	12 %	10 %	15 %	11 %
(4) Stimme überhaupt nicht zu	33 %	30 %	19 %	64 %	12 %	20 %	27 %	55 %
Weiß nicht	15 %	11 %	31 %	17 %	10 %	12 %	11 %	16 %
Keine Angabe	3 %	5 %	5 %	2 %	1 %	3 %	1 %	3 %
Antworten (1) und (2)	35 %	23 %	27 %	7 %	67 %	56 %	47 %	16 %
Antworten (3) und (4)	48 %	61 %	37 %	75 %	23 %	30 %	42 %	66 %

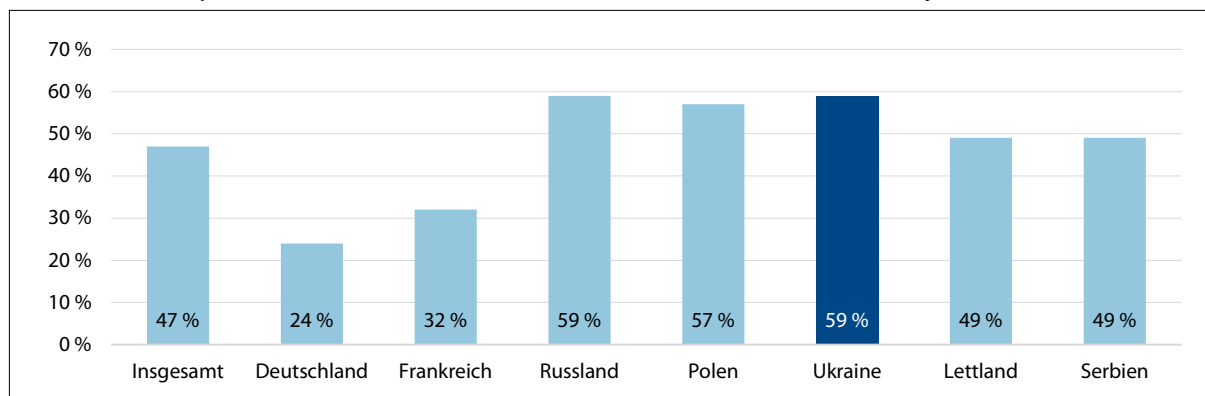
Quelle: FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa: Security Radar 2019. Wake-up call for Europe!, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190213.pdf>

Tabelle 4: Wer ist Ihrer Ansicht nach verantwortlich für die Eskalation des Ukraine-Konfliktes? (Mehrfachnennungen möglich) (alle Befragten)

	Insgesamt	Deutschland	Frankreich	Russland	Polen	Ukraine	Lettland	Serbien
Die Separatisten	57 %	62 %	48 %	55 %	51 %	66 %	57 %	59 %
Die Ukraine	50 %	47 %	33 %	84 %	24 %	54 %	56 %	53 %
Russland	60 %	77 %	63 %	20 %	82 %	78 %	67 %	35 %
Die EU	33 %	23 %	20 %	57 %	14 %	33 %	25 %	57 %
Die USA	44 %	36 %	30 %	82 %	14 %	33 %	42 %	73 %
Andere	6 %	6 %	4 %	8 %	4 %	6 %	5 %	8 %

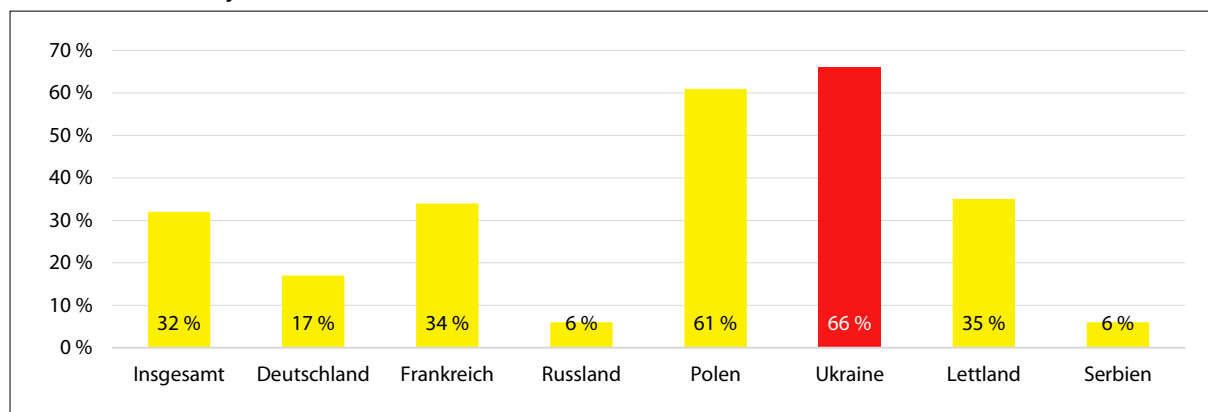
Quelle: FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa: Security Radar 2019. Wake-up call for Europe!, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190213.pdf>

Grafik 1: Angesichts zunehmender Spannungen zwischen Russland und dem Westen, halte ich neue Kriege in Europa für wahrscheinlich. (Antworten »stimme eher zu« und »stimme auf jeden Fall zu«)



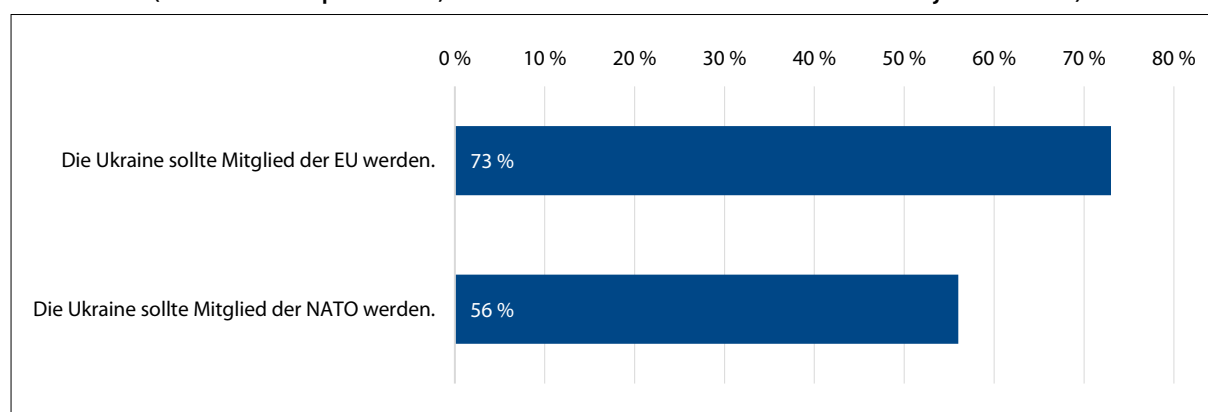
Quelle: FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa: Security Radar 2019. Wake-up call for Europe!, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190213.pdf>

Grafik 2: Vor dem Hintergrund des Ukraine-Konfliktes, stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu? – Die Sanktionen gegen Russland sollten ausgeweitet werden. (Antworten »stimme eher zu« und »stimme auf jeden Fall zu«)



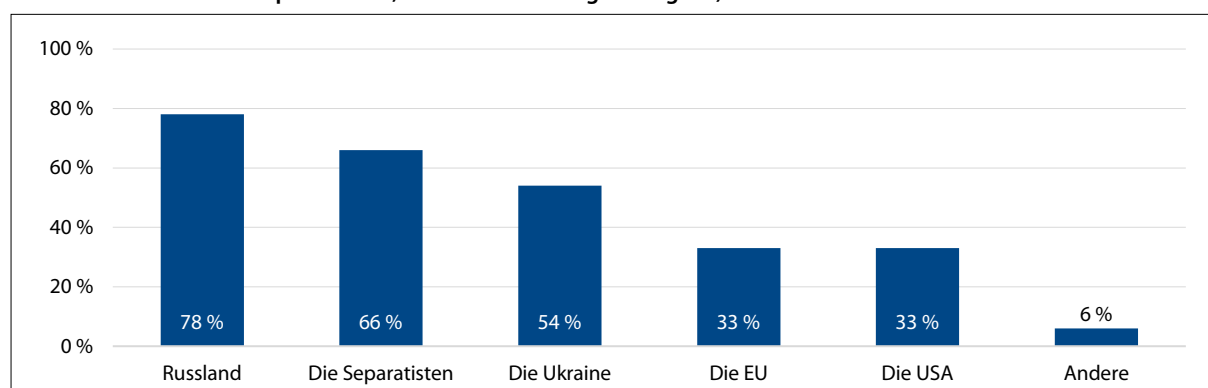
Quelle: FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa: Security Radar 2019. Wake-up call for Europe!, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190213.pdf>

Grafik 3: Vor dem Hintergrund des Ukraine-Konfliktes, stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu? (ukrainische Respondenten; Antworten »stimme eher zu« und »stimme auf jeden Fall zu«)



Quelle: FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa: Security Radar 2019. Wake-up call for Europe!, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190213.pdf>

Grafik 4: Wer ist Ihrer Ansicht nach verantwortlich für die Eskalation des Ukraine-Konfliktes (Antworten der ukrainischen Respondenten; Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa: Security Radar 2019. Wake-up call for Europe!, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190213.pdf>

RATING

Oligarchen im Forbes-Rating 2018

Tabelle 1: Ukrainische Milliardäre in der Forbes-Liste 2018

Rang International	Rang National	Name	Alter	Vermögen in Mrd. US-Dollar	Unternehmen
334	1	Rinat Achmetow	51	5,5	System Capital Management
1.477	2	Kostjantyn Schewaho	44	1,6	Ferrexpo
1.561	3	Jurij Kossjuk	49	1,5	Mironowskij Chleboprodukt
1.650	4	Wiktor Pintschuk	57	1,4	Eastone
1.867	5	Hennadij Boholjubow	56	1,2	Privat-Gruppe
2.124	6	Ihor Kolomojskyj	55	1,0	Privat-Gruppe
2.124	7	Wadym Nowynskyj	54	1,0	Smart Holding

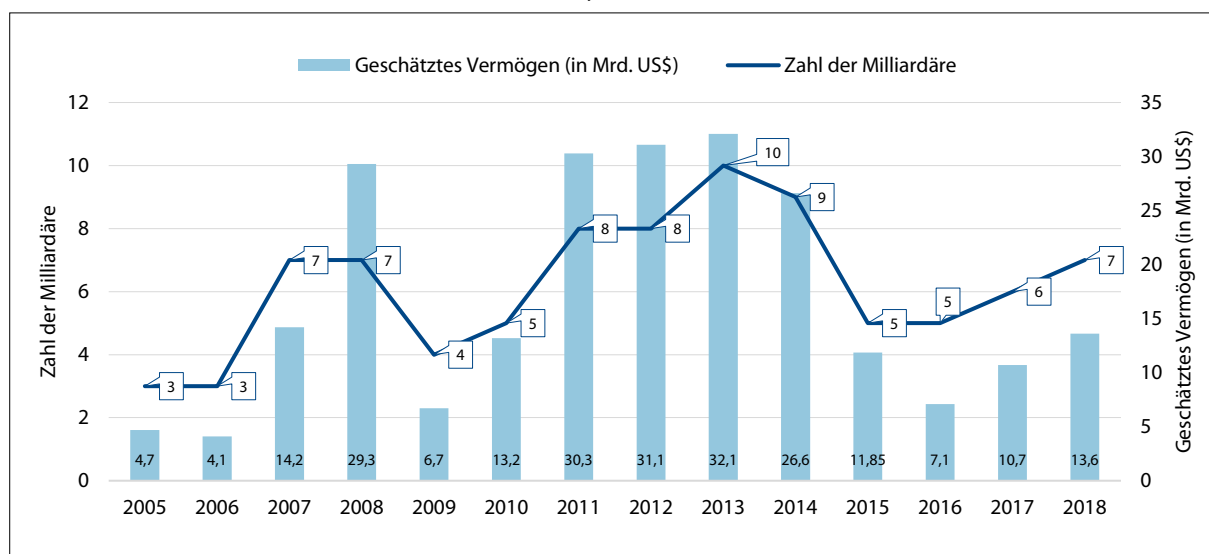
Quelle: The World's Billionaires – Forbes, <https://www.forbes.com/billionaires/#4149b764251c>

Tabelle 2: Ukrainische Milliardäre in der Forbes-Liste 2017

Rang International	Rang National	Name	Alter	Vermögen in Mrd. US-Dollar	Unternehmen
359	1	Rinat Achmetow	50	4,6	System Capital Management
1.468	2	Hennadij Boholjubow	54	1,3	Privat-Gruppe
1.678	3	Jurij Kossjuk	48	1,2	Mironowskij Chleboprodukt
1.678	4	Kostjantyn Schewaho	43	1,2	Ferrexpo
1.795	5	Ihor Kolomojskyj	54	1,1	Privat-Gruppe
1.795	6	Wiktor Pintschuk	56	1,1	Eastone

Quelle: The World's Billionaires – Forbes, <https://www.forbes.com/billionaires/#4149b764251c>

Grafik 1: Ukrainische Milliardäre in der Forbes-Liste, 2005–2018



Quellen: Ukraine-Analysen 169 und 184 für die Jahre 2005–2017, The World's Billionaires – Forbes, <https://www.forbes.com/billionaires/#4149b764251c> für das Jahr 2018.

26. Februar – 11. März 2019

26.02.2019	In einer geschlossenen Sitzung hebt das Verfassungsgericht der Ukraine die Strafe für illegale Bereicherung auf und begründet es damit, dass diese gegen die Unschuldsumvermutung verstoße. Der Artikel des Strafgesetzbuches, den das Gericht für verfassungswidrig befindet, sieht vor, dass Staatsbeamte, die die Herkunft ihres Vermögens nicht erklären können, mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft werden können. Das Gesetz, eine zentrale Forderung der EU und des Internationalen Währungsfonds, wurde 2015 verabschiedet. Seither hat das Nationale Antikorruptionsbüro mehr als 50 Fälle wegen illegaler Bereicherung eröffnet, die nun geschlossen werden müssen. Antikorruptionsinitiativen kritisieren die Entscheidung, da das Gesetz ein zentraler Baustein im Kampf gegen die Korruption sei.
26.02.2019	Die Werchowna Rada lehnt zwei Gesetze zur Reform der Streitkräfte ab. Eines sah die Einführung neuer, NATO-ähnlicher Dienstränge vor und ein weiteres die Änderung veralteter sowjetischer Militärdienstvorschriften. Beobachter sehen die Ablehnung als Rückschlag, nur 19 Tage, nachdem das Parlament das Ziel des NATO-Beitritts in der Verfassung verankert hat.
27.02.2019	Die öffentlich-rechtliche Fernseh- und Rundfunkanstalt der Ukraine gibt bekannt, dieses Jahr nicht am Eurovision Song Contest teilzunehmen. Hintergrund ist, dass die Band »Maruv«, die den nationalen Vorentscheid für sich gewann und in der Ukraine wegen ihrer Konzerte in Russland umstritten ist, die Teilnahme wegen Vertragsstreitigkeiten abgesagt hatte, da diese ein mehrmonatiges Auftrittsverbot in Russland beinhalteten. Aus Solidarität mit »Maruv« schlossen sich auch die zweit- und drittplatzierten Interpreten dem Boykott an, so dass beschlossen wurde, auf eine Teilnahme am »Eurovision Song Contest« zu verzichten.
28.02.2019	Zwischen der Regierung und dem staatlichen Gasmonopolisten »Naftohaz« kommt es zu einem offenen Streit, da Premierminister Wolodymyr Hrojsman einer Vertragsverlängerung des »Naftohaz«-Chefs Andrij Kobolew die Zustimmung verweigert. Hrojsman begründet das mit zu hohen Bezügen des Top-Managers und damit, dass der Konzern seine Förderziele nicht erreichte. Kobolew spricht hingegen von einem marktüblichen Gehalt und sieht im Vorfeld der Wahlen eine Politisierung der Angelegenheit, die von der Regierung als Vorwand benutzt wird, ihn auszubooten. Unter Kobolews Führung hat sich »Naftohaz« von einem Problemfall, der 2014 noch milliarden schwere Verluste einfuhr, zu einem profitablen Unternehmen und einem der größten Steuerzahler in der Ukraine entwickelt.
28.02.2019	Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) schickt elf Lastwagen mit 213 Tonnen humanitärer Hilfe, darunter Lebensmittel, Medizin und Hygieneprodukten, in die besetzten Gebiete im Donbas.
28.02.2019	Die Investigativsendung »Schemy« wirft der Partei »Batkivschtschyna« von Präsidentschaftskandidatin Julija Tymoschenko illegale Wahlkampffinanzierung vor. Laut »Schemy« sollen Parteispenden in Millionenhöhe geflossen sein, von denen viele Kleinspender, oft einfache Menschen, Renter oder Arbeitslose aus der Provinz, nichts gewusst haben sollen. Tymoschenko weist die Vorwürfe zurück und spricht von einer »Provokation«.
01.03.2019	Andrij Sadowyj, der Bürgermeister von Lwiw und Vorsitzender der Partei »Samopomitsch« (Selbsthilfe), gibt seinen Rückzug als Präsidentschaftskandidat bekannt. Er werde von nun an die Kandidatur von Anatolij Hryzenko, dem Kandidaten der Partei »Hromadjanska Posyzija« (Bürgerliche Position) unterstützen, teilte Sadowyj bei einem Pressetermin mit. Damit erhoffen sich die liberal-bürgerlichen Kräfte bessere Chancen bei den Präsidentschaftswahlen Ende März. Hryzenko, der im Sommer 2018 in den Meinungsumfragen noch vorne lag, wird in aktuellen Umfragen mit 6–7 Prozent gelistet, während Sadowyj je nach Umfrage auf 2,5–4 Prozent kommt.
01.03.2019	Der Ständige Schiedsgerichtshof in Den Haag urteilt, dass Russland den staatlichen ukrainischen Energieversorger »Naftohaz« entschädigen muss, weil dem Konzern im Zuge der russischen Annexion der Krim Produktionsstätten auf der Halbinsel verloren gingen. Über die Höhe der Entschädigung wird im nächsten Prozessschritt entschieden. Beobachter erwarten, dass das Verfahren sich mindestens bis zum nächsten Jahr hinziehen wird.
02.03.2019	Mehrere tausend Mitglieder der nationalistischen Organisation »Nationale Miliz« marschieren durch die Innenstadt von Kiew, um den ersten Jahrestag ihrer Gründung zu feiern. Die umstrittene Organisation wurde 2018 gegründet, um nach eigenen Aussagen die Strafverfolgungsbehörden bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung durch die Entsendung von Straßenpatrouillen zu unterstützen. Andrij Bilezkyj, Abgeordneter und Vorsitzender der rechtsextremen Partei »Nationalkorps«, hält bei der abschließenden Versammlung eine Rede.
02.03.2019	Russische Sicherheitskräfte verhaften den ranghöchsten Geistlichen der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche auf der Krim, Erzbischof Klyment. Klyment war auf dem Weg von der Krim in die russische Stadt Rostow-am-Don, um den dort inhaftierten ukrainischen politischen Gefangenen Pawlo Hryb zu besuchen, dessen Gesundheitszustand sich im Gefängnis dramatisch verschlechtert haben soll. Klyment wird u. a. vorgeworfen, im Bus Schimpfwörter benutzt zu haben.

02.03.2019	Der Investigativjournalist Dmytro Gnap, Präsidentschaftskandidat der liberalen Partei »Syla Ljudej«, gibt auf einer Pressekonferenz seinen Rückzug von den Präsidentschaftswahlen bekannt. Er werde Anatolij Hryzenko, den Kandidaten der demokratischen Opposition, unterstützen, so Gnap.
04.03.2019	Die G7 und die Weltbank fordern die ukrainische Regierung nachdrücklich auf, die Annullierung des Gesetzes über die strafrechtliche Haftung für illegale Bereicherung, das am 26. Februar vom Verfassungsgericht gekippt worden war, wieder aufzuheben. Dieser Schritt sei ein »schwerer Rückschlag im Kampf gegen die Korruption in der Ukraine« und könnte die weitere Kreditvergabe aus dem Westen sowie das visafreie Reisen in die EU gefährden, so ein gemeinsames Statement.
04.03.2019	In einer neuen Umfrage der »Rating«-Gruppe kann der Fernsehcomedian Wolodymyr Selenskyj seine Führung ausbauen. Aktuell würden 25,1 Prozent der Wähler für Selenskyj stimmen, sechs Prozentpunkte mehr als noch vor einem Monat. Hinter ihm kommen Präsident Petro Poroschenko mit 16,6 Prozent auf Platz zwei und Julija Tymoschenko mit 16,2 Prozent auf Platz drei.
05.03.2019	Der Unternehmer Serhij Kiseljow wird am helllichten Tag in seinem Auto in Kiew erschossen. Der Miteigentümer einer Schmuckfabrik soll in einen spektakulären Korruptionsfall verwickelt sein: 2015 wurden bei zwei hochrangigen Kiewer Staatsanwälten im Zuge von Ermittlungen wegen Korruptionsverdachts – sie sollen eine Bestechung i.H.v. umgerechnet 250.000 US-Dollar angenommen haben – Diamanten gefunden, die laut Angabe von Kiseljow ihm bei einer Untersuchung gestohlen worden sein sollen. Kiseljow forderte die Rückgabe der Diamanten, aber soll von den »Diamanten-Staatsanwälten« erpresst worden sein, die Anschuldigung zurückzunehmen.
05.03.2019	Laut dem neuen Forbes-Rating der reichsten Menschen der Welt gibt es in der Ukraine aktuell sieben Dollar-Milliardäre. Der mit einem geschätzten Kapital von sechs Milliarden US-Dollar reichste Ukrainer, Rinat Achmetow, kommt im internationalen Vergleich auf Rang 272.
06.03.2019	Im Anschluss an ein Treffen von Alexej Miller und Rainer Seelen, den Chefs des russischen »Gazprom«-Konzerns bzw. des österreichischen Energiekonzerns »OMV« in Moskau, wird mitgeteilt, dass bereits 818 Kilometer der Pipeline »Nord Stream 2« fertiggestellt seien. Das entspricht etwa einem Drittel der Gesamtlänge der Pipeline. Die Ukraine befürchtet, dass Russland nach Inbetriebnahme der neuen Pipeline, die ab 2019 bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Gas aus Russland direkt nach Deutschland liefern soll, den Gastransit über die Ukraine zurückfahren oder ganz einstellen wird. Dadurch droht der Ukraine der Verlust von Transitgebühren i.H.v. ca. zwei Milliarden US-Dollar jährlich.
06.03.2019	Das Ministerkabinett der Ukraine bekräftigt seine frühere Entscheidung, den Staatlichen Finanzdienst, der als eine der korruptesten Behörden gilt, in zwei getrennte Institutionen aufzuteilen: einen staatlichen Dienst für Steuern und einen staatlichen Zolldienst. Dieser Schritt soll die Fähigkeit der Ukraine zur Erhebung von Steuern verbessern und die Rechenschaftspflicht der Steuer- und Zollbehörden erhöhen, so das Ministerkabinett. Steuerexperten schätzen die Höhe der jährlich verlorenen Steuereinnahmen auf 40 Milliarden US-Dollar. Laut dem Innenministerium entgehen der Ukraine etwa ein Viertel aller Zollgebühren, was etwa vier Milliarden US-Dollar pro Jahr entspricht.
06.03.2019	Die Oberste Qualifizierungskommission der Richter hat die Besetzung des Obersten Anti-Korruptionsgerichts bekannt gegeben. Von den 39 Kandidaten sollen 27 als Richter am Antikorruptionsgericht arbeiten und 12 in der Berufungskammer. Zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter Transparency International Ukraine, kritisieren, dass von den 39 Richtern acht eine zweifelhafte Reputation besäßen. Präsident Petro Poroschenko muss die Richter bis Ende März offiziell ernennen, damit das Gericht bis Anfang Juni 2019 seine Arbeit aufnehmen kann.
07.03.2019	Der pro-russische Präsidentschaftskandidat Ewgenij Murajew kündigt an, seine Kandidatur zurückzuziehen und den ebenfalls als pro-russisch geltenden Kandidaten Oleksandr Wilkul vom »Oppositionsblock« zu unterstützen.
08.03.2019	Bei einer Demonstration am Internationalen Frauentag im Zentrum Kiews fordern etwa 2.000 Personen unter dem zentralen Motto »Solidarität und Diversität« die Achtung von Frauenrechten in der Ukraine. Die Veranstaltung wird von einem Polizeiaufgebot begleitet, da rechtsextreme und konservative Gruppierungen am Rande protestieren. Trotz kleinerer Provokationen verläuft die Veranstaltung weitgehend friedlich.

09.03.2019	In Kiew und in der zentralukrainischen Stadt Tscherkassy kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und ultrarechten Demonstranten des »Nationalkorps«. In der Hauptstadt versammeln sich die Rechtsextremen vor dem Gebäude der Präsidentialverwaltung und fordern die Festnahme von politischen Persönlichkeiten aus dem Umfeld von Präsident Petro Poroschenko, die in den großen Korruptionsskandal im Rüstungssektor verwickelt sein sollen. Als die Demonstranten versuchen, die Polizeiabsperungen zu durchbrechen, setzt die Polizei Tränengas ein. In Tscherkassy kommt es während eines Wahlkampfauftritts von Poroschenko ebenfalls zu heftigen Zusammenstößen, als die Rechtsextremen versuchen, zum Präsidenten durchzudringen. Dabei werden 22 Polizisten und fünf Mitglieder des »Nationalkorps« verletzt.
09.03.2019	Dem österreichischen Journalisten Christian Wehrschütz, der für den ORF arbeitet, wird die Einreise in die Ukraine für ein Jahr verweigert. Der ukrainische Sicherheitsdienst SBU begründet das damit, dass der Journalist mehrfach über Russland in die besetzten Gebiete im Donbas und auf die Krim eingereist sein soll, was gegen ukrainisches Recht verstößt.
10.03.2019	Das Verteidigungsministerium der Ukraine berichtet am Abend, dass am 10. März erstmals seit langem keine Kampfhandlungen zwischen den pro-russischen »Separatisten« und den ukrainischen Streitkräften stattgefunden haben. Am 7. März wurde im Rahmen der Minsker Friedensverhandlungen ein Waffenstillstandsabkommen vereinbart, das ab dem 8. März gelten sollten, jedoch kurz nach Beginn gebrochen wurde.
11.03.2019	In der jüngsten Meinungsumfrage zu den Präsidentschaftswahlen der »Rating«-Gruppe kann Julija Tymoschenko leicht zulegen und liegt mit 18,3 Prozent erstmals seit Wochen wieder vor Amtsinhaber Petro Poroschenko, dessen Umfragewerte bei 16,8 stagnieren. Herausforderer Wolodymyr Selenskyj führt mit 24,7 Prozent weiterhin klar. Anatolij Hryzenko, zu dessen Gunsten Andrij Sadowyj seine Kandidatur zurückgezogen hatte, konnte von 7,7 Prozent auf 10,3 Prozent zulegen und liegt nun auf dem vierten Platz.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

